

2023



J a h r e s

b e r i c h t

Alle Bilder aus diesem Bericht stammen vom Gangway-Kollegium.

Herausgeber:



Gangway - Straßensozialarbeit in Berlin e.V.

Schumannstraße 5

10117 Berlin

info@gangway.de

030 283023-0



[@gangwaydropoutfocus](#)

[@dropoutxhaingangway](#)

[@gangwaydropoutmitte](#)

Inhalt

01 | Einleitung

2

02 | Fest18+

5

03 | Teams

Drop Out Focus

7

Drop Out Mitte

16

Drop Out Neukölln

21

Drop Out Treptow-Köpenick

24

Drop Out Xhain

28

Überregionales Clearing & Dispatching

32

04 | Statistik

33

05 | Ausblick

46

06 | Gremienarbeit

48

EINLEITUNG

01

In den letzten Jahren drehte sich in unseren Jahresberichten bereits alles um die verschiedenen Krisen, die uns und die Welt beschäftigten und sich auf unsere Adressat:innen und unsere Arbeit auswirkten. Im Prinzip könnten wir hier einfach auf unsere Berichte der vergangenen Jahre verweisen und nur ein paar neue Krisenherde einfügen – denn vieles davon ist leider noch immer aktuell.

Die weltpolitische Lage war auch 2023 alles andere als rosig: der anhaltende Krieg in der Ukraine, der Überfall der Hamas auf Israel, die darauf folgende israelische Bombardierung Gazas und der dadurch eskalierende Konflikt im Nahen Osten, die sich zuspitzende Klimakrise und eine weltweite steigende Inflation verschärften Fluchtursachen, verstärkten soziale Spannungen und führten in vielen Teilen der Welt zu weiterer gesellschaftlicher Spaltung und einem Rechtsruck in der Politik.

Es wird ganz schön Deutsch in Kaltland

Entsprechend dreht sich auch in der Bundesrepublik das innenpolitische Klima. Nicht nur die AfD erhält weiter Zuspruch und fährt in Umfragen ein Rekordergebnis nach dem anderen ein. Auch andere Parteien springen auf populistische und rechte Forderungen an und übernehmen derartige Narrative.

Das 2023 eingeführte Bürgergeld sieht u.a. Änderungen bei den bisher rigiden Sanktionsmöglichkeiten vor. Davon profitieren besonders unsere Adressat:innen, denen es in ihrer Lebenswelt zum

Beispiel nicht immer möglich ist oder leicht fällt, Termine beim Jobcenter wahrzunehmen. Wenn die Regierung nun die wenigen Erleichterungen für Betroffene direkt wieder zur Disposition stellt und den vermeintlichen Sparzwang auf dem Rücken der schwächsten Teile der Bevölkerung austrägt, muss man sich nicht wundern, wenn auch die Gesellschaft fleißig nach unten tritt.

Die rechten Narrative verfangen: Wer nichts leistet, ist faul – seien es Geflüchtete, Erwerbslose oder Obdachlose. Die Armen werden gegen die noch Ärmeren ausgespielt.

Wohnungsmangel

Ein großes Thema ist und bleibt der Wohnungsmangel. Jährlich fallen weiter mehr Wohnungen aus der Sozialbindung, als gebaut werden, der Bestand öffentlich geförderten Wohnraums nimmt weiter rapide ab und von dem selbstgesteckten Ziel von 400.000 neuen Wohnung jährlich ist die Bundesregierung weit entfernt. Neben den Auswirkungen auf den Mietspiegel und den allgemeinen Wohnungsmarkt hat der Mangel an günstigem oder gefördertem Wohnraum vor allem für Personen mit geringem Einkommen, Transferleistungsbezieher:innen und auch unsere Adressat:innen insbesondere in den Ballungsgebieten katastrophale Folgen. Die im letzten Jahr beschlossene Ausweitung der wohngeldberechtigten Haushalte ist zwar für viele Personen mit geringem Einkommen ein guter Schritt gewesen, bedeutet am Ende aber doch nur eine weitere

Umverteilung öffentlicher Gelder in die Taschen der Vermieter:innen. Auch eine neu eingeführte Kategorie beim Wohnberechtigungsschein für mittlere Einkommen führt letztlich nur dazu, dass künftig noch mehr Personen um die eh schon geringe und abnehmende Zahl an gefördertem Wohnraum konkurrieren – auf der Strecke bleiben hier am Ende wieder die finanzschwächsten Teile der Gesellschaft.

Anstatt endlich in großem Stil in den öffentlichen Wohnungsbau zu investieren, um nachhaltig Wohnraum für alle Teile der Gesellschaft verfügbar und bezahlbar zu machen, und damit das Thema Wohnungs- und Obdachlosigkeit nachhaltig anzugehen, werden Berechtigtenkreise vergrößert, Mieten subventioniert und damit wird letztlich vor den weiter rasant steigenden Wohnkosten kapituliert.

Berlin

Schließungen und (Dauer-)Zustände

Die Corona-Jahre sind zwar vorbei, der Zustand „nach der Pandemie“ trat bisher aber doch nicht so recht ein. Es wirkt fast so, als ob die damit eingezogenen Veränderungen und Probleme ebenso alltäglich werden, wie das Virus selbst.

Für unsere Adressat:innen gab es auch bis weit ins letzte Jahr hinein noch Einschränkungen, insbesondere in Bezug auf Öffnungszeiten und Zugänge bei Hilfsangeboten oder Behörden. Sei es z.B. die Bahnhofsmission am Zoo, die zwar ihre Essensausgabe im Herbst 2023 wieder regulär nach innen verlegte, aber weiterhin mit eingeschränkten Öffnungszeiten arbeitet, oder die nach wie vor komplizierte und stark reduzierte Terminvergabe der LABO bei der Beantragung von Personalausweisen.

Die wenigen positiven Konzepte, die kurzerhand während der Pandemie entstanden, wurden dagegen 2023 beendet. Die 24/7-Unterkunft in der Auguststraße schloss im Oktober ersatzlos – ein



niedrigschwelliges und positives Angebot, das es auch Personen ohne Leistungsansprüche ermöglichte, eine angemessene Unterkunft zu bekommen. Ebenso musste der Tagestreff im Hofbräuhaus, respektive später in der Traglufthalle an der Frankfurter Allee, am Ende des Jahres schließen.

Zwei enorm wichtige Projekte für unsere Adressat:innen fielen damit 2023 weg und hinterlassen eine große Lücke im Hilfesystem.

Wiederholungswahl, Kürzungen und politische Unsicherheiten

Neben den weltweiten Krisen und der politischen Situation auf Bundesebene hatte 2023 vor allem die Berliner Wiederholungswahl Auswirkungen auf unsere Arbeit.

Die Zeit zwischen Wahlkampf, Koalitionsverhandlung und Handlungsfähigkeit des neuen Senats sowie die neuen Mehrheiten in den Bezirken führten zu einem politischen Vakuum. Die damit verbundenen politischen und finanziellen Unsicherheiten wirkten sich direkt auf unsere Arbeit und das Hilfesystem generell aus. Die unklare Haushaltssituation führte u.a. zu Schwierigkeiten bei der Personalplanung, was durch den Fachkräftemangel ohnehin eine Heraus-

forderung darstellt. Neue Stellen konnten nicht besetzt werden, die Finanzierung bestehender Stellen stand plötzlich auf der Kippe. Im Laufe des Jahres zeigte sich dann, dass die anfänglich geplanten Stellenschlüssel so nicht gehalten werden konnten. Diese Planungsunsicherheit erschwerte entsprechend die kontinuierliche Arbeit der Teams.

Mit der Neubesetzung des Senats und personellen Veränderungen in den Bezirken kam es auch zu einer merklichen Verschiebung in der Sozialpolitik. Es scheint, als stünde das Thema Obdachlosigkeit nicht weiter im Fokus des Senats. Der traditionelle Antrittsbesuch der Sozialsenatorin beim Arbeitskreis Wohnungsnot fand bis Ende des Jahres nicht statt. Auch bei der Schließung der 24/7-Einrichtung in der Auguststraße war medial kein politischer Druck der Senatorin wahrzunehmen. Obwohl diese Einrichtungsform im Masterplan 2030 explizit vorgesehen ist und ein Ausbau angestrebt werden sollte, gibt es nun lediglich noch eine 24/7-Unterkunft für Frauen.

Das Modellprojekt „Safe Places“ startete im Januar in Friedrichshain-Kreuzberg und sollte auch in Neukölln etabliert werden, was aber bis Ende des Jahres noch nicht realisiert wurde. Die aus unserer Sicht fragliche Konzeption wird in einem gesonderten Teil thematisiert.

Auch bei der Kältehilfe bräuchte es eigentlich eine bedarfsorientierte Aufstockung der Plätze. Viele weitere Angebote wie z.B. mehrsprachige Beratungsstellen, in die wir viele EU-Bürger:innen vermitteln, sind vorwiegend projektfinanziert und damit zeitlich befristet. Da die Projekte 2023 durch den Europäischen Sozialfond neu ausgeschrieben wurden, gab es bei mehreren Trägern eine unklare Perspektive.

Die Aufnahme solcher Projekte in den Berliner Regelhaushalt wäre wünschenswert. Fehlende Kontinuität, die Sprunghaftigkeit in den Konzepten und unsichere Finanzierung tragen aus unserer Sicht nicht ansatzweise zur Erreichung der ohnehin hochgestellten Ziele des Masterplans 2030 zu Überwindung der Obdachlosigkeit bei. 2023 war in diesem Sinne ein verlorenes Jahr für die wohnungslosen und obdachlosen Menschen in Berlin.

Hinzu kamen das Chaos rund um die Umstellung des VBB-Sozialtickets. Seit der Abschaffung des Berlin-Passes müssen Betroffene sehr aufwendig eine VBB-Kund:innenkarte beantragen. Der holprige Systemwechsel führte dazu, dass nicht wenige Adressat:innen ihre Berechtigungsnachweise nicht rechtzeitig erhielten, bzw. diese nach Ablauf der Übergangsfrist auch nicht mehr akzeptiert wurden. In der Folge wurden viele Bußgelder für Fahren ohne gültiges Ticket ausgestellt. Die Regelung wurde erst nach öffentlichem Druck geändert, eine dauerhafte Lösung ist aber bis Ende des Jahres nicht in Sicht gewesen.

Trotz der zusätzlich erschwerten Mobilität für unsere Adressat:innen entschied das Jobcenter Spandau die neue Regelung zur Erreichbarkeit der Bürgergeldbezieher:innen sehr streng auszulegen und umzusetzen. Als Person ohne festen Wohnsitz sind die Leistungsbezieher:innen nun verpflichtet, monatlich persönlich im Amt vorzusprechen. Für die Betroffenen eine unnötige Hürde mit dem Risiko ohne Ticket kontrolliert zu werden.

Lediglich im Bereich Housing First ist durch den Ausbau und die Aufstockung der Projekte ein Lichtblick zu vermelden. Die Verstetigung von Housing First ist zu begrüßen. Die bisherigen Zahlen sind aber nur ein Tropfen auf den heißen Stein angesichts der zunehmenden Zahl obdachloser Personen und fehlenden Wohnraums. Da Housing First auf den regulären Wohnungsmarkt zugreifen muss, stößt auch dieses Konzept ohne eine grundlegende Richtungsänderung in der Wohnungspolitik an seine Grenzen.

Angesichts der Vielzahl der Krisenherde und der politischen Unsicherheiten in Berlin sowie den Bezirken müssen wir feststellen, dass sich die Situation wohl am treffendsten als „statisch dramatisch“ beschreiben lässt. Die Dinge verändern sich zwar, aber nur selten zum Guten und es bleibt das Gefühl von einer Krise zu nächsten zu eilen.

Die eigentliche Arbeit wird zunehmend erschwert, man ist nur noch damit beschäftigt, Brände zu löschen und offene Wunden mit Pflastern zu versorgen.

FEST18+

02

6. Bundesweite Fachtagung Erwachsenen-Streetwork in Duisburg

Ein Hamburger Rapper flext Bügel von Sitzbänken, in Regensburg wird in der Innenstadt eine Bank demontiert, in Neukölln erlässt der Sozialstadtrat einen neuen Leitfaden zum Umgang mit Obdachlosigkeit, in Dortmund finden Protestcamps Betroffener statt, in Hamburg werden der Hauptbahnhof und die anliegende Fußgängerzone wiederholt massiv geräumt und „Defensive Architektur“ schaffte es in die Top 3 zum Unwort des Jahres.

Dies sind nur ein paar Meldungen aus dem vergangenen Jahr – sie alle haben gemeinsam, dass es um die Verdrängung obdachloser Menschen aus dem öffentlichen Raum geht, sei es durch entsprechende defensive bzw. feindliche Architektur oder ordnungspolitische Maßnahmen.

Angesichts dieser deutschlandweit zu beobachtenden Entwicklungen lag der Fokus der diesjährigen bundesweiten Streetwork-Tagung auf den Themen Verdrängung, ordnungspolitische Maßnahmen und der Position und Haltung der Straßensozialarbeit. Die Veranstaltung fand vom 13.09. – 15.09. in Duisburg statt. Organisiert wurde die Tagung in Kooperation mit Kolleg:innen aus Leipzig, Dresden und Köln sowie dem lokalen Kooperationspartner Suchthilfeverbund Duisburg e.V. Finanzielle Unterstützung erhielten wir vom Paritätischen Landesverband Berlin.

Als Streetworker:innen sind wir tagtäglich mit derlei Maßnahmen konfrontiert, städtebauliche Entwicklungen und repressive Ordnungspolitik beeinflussen unsere Arbeit und das Leben unserer Adressat:innen – Betroffene verlieren ihre angestammten Plätze, Kontakte brechen ab, der öffentliche Raum wird reglementierter und die Stadt gehört nur noch denen, die das nötige Geld haben.



Mehr über FEST18+ erfahren:

<https://erwachsenen-streetwork>



Als Referent:innen waren neben Fachexpert:innen dieses Mal auch Betroffene und Initiativen geladen. In den Workshops wurden Erkenntnisse aus Forschung und Praxis vorgestellt und diskutiert sowie die persönlichen Erfahrungen der Betroffenen geschildert und deren teils aktivistisches, selbstorganisiertes Vorgehen gegen Verdrängungsmaßnahmen erläutert. Daneben wurde in verschiedenen Panels vor allem die professionelle Haltung der Straßensozialarbeit rege diskutiert. Generell lag der Fokus dieses Jahr mehr auf Austausch und Diskussion statt auf einseitiger Wissensvermittlung

und klassischen Vorträgen. In mehreren Durchgängen kamen die Teilnehmer:innen in den Austausch zu verschiedenen Themen und konnten so ein breiteres Repertoire an Inputs mitzunehmen.

Abgerundet wurde das Tagungsprogramm durch eine Lesung und einen Erfahrungsbericht einer ehemals obdachlosen Person sowie der traditionellen „After Hour“, bei der alle Teilnehmer:innen beim informellen Part der Tagung in den Austausch gehen und Kontakte knüpfen konnten.

TEAMS

03

Drop Out Focus

Der Bahnhof Zoologischer Garten sowie der Berliner Ostbahnhof waren auch 2023 von Umbauarbeiten betroffen, was zu einer Reduzierung des Platzangebotes im öffentlichen und halböffentlichen Raum führte. Unsere Straßensozialarbeit in und um diese Bahnhöfe war mit verschiedenen Entwicklungen konfrontiert, mit denen wir uns außerhalb der kontinuierlichen, individuellen Begleitung obdachloser Menschen auseinandergesetzt haben und auf die wir im Interesse der Adressat:innen reagiert haben.

Bahnhof Zoo

2023 konnte, wie schon im Jahr zuvor, die Berliner Stadtmission ihr Angebot nicht in vollem Umfang gewährleisten. Es gab unregelmäßige und stark verkürzte Öffnungszeiten der Bahnmissionsmission sowie des Hygiene-Centers. Auch die Ambulanz der Caritas in der Jebensstraße wurde im Laufe des Jahres geschlossen, die Versorgung findet seitdem in der Turmstraße in Moabit statt. Dadurch und aufgrund der Baustelle wurde der Zoo weniger stark frequentiert als zuvor.

Im April kam es außerdem zu einer sogenannten „Reinigungstour“ des Ordnungsamtes in Zusammenarbeit mit der BSR, bei der im gesamten Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf alle Zelte und Matratzen obdachloser Menschen entsorgt wurden. Diese Tour fand ohne vorherige Ankündigung statt. Kurz danach wurden nach Aussagen Betroffener unter

der Brücke in der Hertzallee spät abends vor deren Augen Zeltstangen mutwillig zerbrochen. Die Täter gaben sich als Mitarbeitende des Ordnungsamtes aus und teilten mit, dass unter dieser Brücke kein Lager mehr geduldet werde. Gespräche mit dem Verantwortlichen für den Außendienst des Ordnungsamtes ergaben, dass es keine Anweisungen gab, diese Brücke frei zu halten. Für den Rest des Jahres ließ sich hier jedoch kein obdachloser Mensch mehr nieder, obwohl die Brücke zuvor seit vielen Jahren durchgehend von unseren Adressat:innen genutzt wurde. Anfang April eröffnete direkt neben diesem Ort das hochpreisige Restaurant „Papillon“ in einem S-Bahnbogen. Für uns liegt die Vermutung nahe, dass die Neueröffnung dieses Lokals und die Räumung der Brücke nicht unabhängig voneinander zu betrachten sind.

Die Gespräche zwischen dem Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf und Akteur:innen in den Bereichen Bahnhof Zoo und S-Bahnhof Charlottenburg/Stuttgarter Platz, die 2022 auf Initiative des Sozialstadtrates begonnen hatten, wurden 2023 fortgesetzt. Die Gesprächsrunden zur Verbesserung der Situation obdachloser Menschen in diesen Bereichen sind noch nicht abgeschlossen.

Der Hardenbergplatz soll in Zukunft umgestaltet werden und hierzu hat das Projekt „Smart Space Hardenbergplatz“ als Modellversuch begonnen (<https://insel-projekt.berlin/smartspace-hardenbergplatz/>), welches im Rahmen des Berliner Modellprojekts Smart City stattfindet. Hierbei geht es

um Digitalisierung in öffentlichen Räumen. Sondernutzungen sollen dann z.B. online über eine Plattform gebucht werden können. 2024 soll dies dann auf einer kleinen Fläche vor dem Haupteingang des Bahnhofs Zoo erprobt werden. Im November 2023 nahmen wir diesbezüglich an einem „Akteurs- und Stakeholder-Workshop“ im Rathaus Charlottenburg teil und versuchten hierbei die Bedarfe obdachloser Menschen einzubringen. Bei der Veranstaltung wurde deutlich, dass es einige Akteur:innen gibt, die auf eine Verdrängung obdachloser Menschen abzielen. Dies ist real zu befürchten, denn obdachlose Personen werden im Gegensatz zu anderen Nutzer:innen kaum mit einem Smartphone den Platz buchen. Wenn der Raum dann für verschiedene (kommerzielle) Nutzungen bereitgestellt wird, wird dies den öffentlichen Raum verändern und ein Verdrängungseffekt einsetzen. Großes Interesse bei dem Projekt besteht vorwiegend bei Unternehmen und deren Lobby (z.B. Deutsche Bahn, AG City e.V.). Wir werden die Entwicklung weiter im Auge behalten und uns in die Diskussion im Sinne unserer Adressat:innen einbringen.

Ostbahnhof

Wie am Bahnhof Zoo finden auch am Ostbahnhof Umbauarbeiten statt. Aufgrund dieser gab es an der Bahnhofsmission einen Wasserschaden, der bis heute nicht gänzlich behoben ist. Die Einrichtung musste monatelang schließen, bzw. im Notbetrieb arbeiten, was das Angebot für unsere Adressat:innen stark einschränkte.

Schwerpunktmäßig beschäftigte uns am Ostbahnhof vor allem das Thema Safe Places. Ende 2022 wurde bei der Strategiekonferenz die Idee präsentiert. Das Modellprojekt Safe Places sollte in Kooperation mit dem Little Homes e.V. in Friedrichshain am Ostbahnhof sowie in Neukölln erprobt werden. Uns wurde in einem Gespräch mit dem Leiter des Sozialamtes Friedrichshain-Kreuzberg mitgeteilt, dass das Bezirksamt sich hierbei keinen Schnellschuss erlauben könne und alles sorgfältig durchdacht sein müsse.

Kaum einen Monat nach dem Gespräch wurde dann kurz vor Wiederholungswahl im Januar 2023 der erste Platz eröffnet.



Ein inoffizieller Safe Place, liebevoll bepflanzt.

Bereits im Jahresbericht 2022 erläuterten wir, dass es in der Nähe des Ostbahnhofes ein Obdachlosenlager gibt, dass vom Grünflächenamt toleriert wird, ein inoffizieller „Safe Place“ sozusagen, der unserer Einschätzung nach ein positives Beispiel ist. Aus diesem zogen nun zwei Bewohner in den neugeschaffenen „Safe Place“. Dadurch veränderte sich die Gruppenstruktur auf dem alten Platz. Gewachsene Beziehungen und Unterstützungsstrukturen innerhalb der Gruppe zerbrachen und in Folge dessen gingen die positiven Wirkungen verloren und der Platz wurde stark vermüllt.

Auf dem offiziellen „Safe Place“ gab es eine Kooperation mit dem Kölner Little Homes e.V., der kleine Wohnboxen aus Euro-Paletten zur Verfügung stellte. Bereits in der Strategiekonferenz 2022 haben wir auf die unprofessionellen und diskriminierenden Vorgehensweisen dieses Vereins aufmerksam gemacht. Auf dem Platz gab es außerdem mehrere, sich widersprechende Regelwerke. Little Homes e.V. überreichte den Bewohnern eine Schenkungsurkunde und ein Regelwerk für das Verhalten auf

dem Platz, z.B. keine Drogen, Alkohol nur in geringen Mengen. Das Bezirksamt gab jedoch andere Regeln vor, so dass für die Bewohner nicht mehr ersichtlich war, was nun eigentlich gilt. Selbst vom Bezirksamt wurden durch die Mitarbeitenden andere Vorgaben genannt als vom Sozialstadtrat, der bei der Eröffnung sagte, man dürfe auf dem Platz alles machen, was man auch in seinem eigenen Garten machen darf.

Bei der Erstellung der unterschiedlichen Regeln waren die Betroffenen nicht beteiligt. Sie konnten sich auch nicht aussuchen, wo der Platz sein soll und mit wem sie dort leben möchten. Während des ganzen Jahres herrschte auf diesem Platz zu keinem Zeitpunkt Leben. Die Wohnboxen wurden ausschließlich zum Schlafen und zum Verwahren von Eigentum genutzt. Tagsüber hielt sich keiner der Bewohner dort auf. Synergieeffekte, wie wir sie auf dem inoffiziellen Platz feststellen konnten, gab es hier nicht. Nur an einem Tag war der Platz belebt – als wir uns unter Missachtung der beiden anderen Regelwerke auf die Aussage des Sozialstadtrats beriefen und mit den Bewohnern und ihren Freund:innen ein Grillfest veranstalteten.

Die unterschiedlichen Auffassungen über die Regeln am Platz zwischen dem Gründer des Little Homes e.V. und dem Bezirksamt führten im Sommer zur Eskalation. Der Vereinsgründer war der Ansicht, dass ein Bewohner gegen die Regeln verstoßen hatte und entzog ihm daraufhin seine Hütte, verschraubte diese und hing eine „Rote Karte“ an das Häuschen. Sozialarbeitende der Diakonie, die mit der Betreuung der Bewohner beauftragt sind, öffneten die Hütte wieder. Schließlich schleppte der Kölner Verein die Hütte dann ab und verkündete den anderen Bewohnern, auch denen auf dem inzwischen am Marianenplatz eröffneten zweiten „Safe Place“, dass ihre Little Homes demnächst umgesetzt werden. Beide Seiten schalteten Anwält:innen ein und allen Mitarbeitenden des Little Homes Vereins wurde durch das Bezirksamt ein Platzverbot auf beiden „Safe Places“ ausgesprochen. Gleichzeitiger wurde die Polizei hierüber informiert. Für die Bewohner, die sich zum Teil in schwierigen psychischen Krisen befanden, verschärfte die unklare Perspektive weiter ihre Situation.



Der offizielle Safe Place am Ostbahnhof. Hier kommt wenig Leben auf.



Verwarnung (unten) und Eskalation (links).



Bei der der Ausgestaltung „ihrer“ Plätze wurden die Bewohner nicht beteiligt. Ein Bewohner des Platzes am Bethanien verließ „seine“ Hütte, da er sich ein Vordach bauen wollte und ihm dies untersagt wurde. Bei der ganzen Auseinandersetzung um die Hütten wurde gänzlich außer Acht gelassen, dass es ursprünglich einen Schenkungsvertrag gab und die Eigentumsrechte somit bei den Bewohnern lagen.

Der Ursprungsgedanke für „Safe Places“ ist eigentlich, den Kreislauf der ewigen Räumungen im öffentlichen Raum zu durchbrechen und somit sowohl Obdachlose als auch Mitarbeitende des Ordnungsamtes zu entlasten, da man gesehen hat, dass Räumungen nur zu Verlagerungen führen und nicht zielführend sind. Von diesem Gedanken ist in der derzeitigen Diskussion um „Safe Places“ kaum etwas zu finden. Was auch nicht beachtet wird, ist, dass die zur Verfügung gestellten Holzhütten für eine längere Nutzung kaum geeignet sind, da in das an der Oberfläche unbehandelte Holz Feuchtigkeit einzieht und dieses dann Schimmel ansetzt, der ein Gesundheitsrisiko darstellt. Abgesehen davon sind die verwendeten Holzpaletten mit Chemikalien behandelt, die ebenfalls gesundheitsschädlich sind. Für Holzhütten und „Safe Places“ gibt es eben keinerlei Vorschriften bezüglich Gesundheit, Materialien, Brandgefahr etc., wie dies z.B. bei Gebäuden im Baurecht der Fall ist.

Unsere kritischen Gedanken haben wir auch in Gesprächen mit dem Bezirksamt immer wieder formuliert. Für die bisherigen Komplikationen wird derzeit aber lediglich die Wahl des falschen Kooperationspartners verantwortlich gemacht und gewisse Eigenheiten der Plätze werden inzwischen als selbstverständlich, geradezu als Standard, gesehen, obwohl sie dies gar nicht sind. Dass ein „Safe Place“ zwingend mit Holzhütten ausgestattet sein muss, ist nur eine davon. Dass nur das Bezirksamt entscheidet wo, wie und mit wem ein solcher Platz entsteht, ist ein weiteres sich einschleichendes Dogma.

Bei Eröffnung des ersten „Safe Places“ wurde angekündigt, dass das Projekt wissenschaftlich begleitet und evaluiert wird, was jedoch bis heute nicht geschehen ist.

Aus unserer Sicht sollte man alles auf Null stellen und mit den gemachten Erfahrungen nochmal ganz neu beginnen, angefangen mit einer durchdachten Konzeption, die mit Betroffenen zusammen auf Augenhöhe erarbeitet wird.

Verstorbene Personen

Im letzten Jahr starb ein Adressat am Ostbahnhof unter für uns unbekanntem Umständen. Eine andere Person, die bereits Ende 2022 verstarb, konnte im Frühjahr nach einer langen Odyssee durch die Behörden und Bundesländer endlich bestattet werden. In beiden Fällen wurde deutlich, wie einsam das Sterben auf der Straße oft abläuft.

Behörden schieben ihre Zuständigkeiten ab an Angehörige, zu denen die Verstorbenen oft seit Jahren keine Kontakte hatten. Wenn diese nicht auszumachen sind, werden die Verstorbenen anonym beerdigt. Für uns und auch Freunde der Verstorbenen ist es meist schwierig bis unmöglich, Informationen zur Bestattung zu erhalten – Abschiednehmen ist dann nicht möglich.

In einem der Fälle gelang es uns nach vielen Telefonaten die Beerdigung in Berlin zu organisieren und nicht, wie vom Bezirksamt geplant, in der Heimatstadt des Betroffenen. Zur Trauerfeier kam schließlich eine große Zahl an Freund:innen und Wegbegleiter:innen. Damit konnte zumindest von diesem Menschen würdevoll Abschied genommen werden.



Ocker-Beige Berlin

Unser Fußball-Projekt wurde fortgesetzt und es gab wieder mehr Teilnehmende als in den schwierigen Corona-Jahren zuvor. Zum Ende des Schuljahres mussten wir unsere gewohnte Turnhalle neben der Charité, die wir über zehn Jahre als Trainingsstätte nutzen konnten, verlassen, da die Schulleiterin diese in unserer Trainingszeit anderweitig nutzen wollte. Das Sportamt Berlin Mitte konnte uns aber in der Turnhalle der City-Grundschule in der Sebastianstraße eine Nutzung ermöglichen.

Nach vier Jahren coronabedingter Pause konnte 2023 endlich die schon lange geplante Deutsche Meisterschaft der Wohnungslosen in Hamburg in Kooperation mit dem FC St. Pauli direkt vor dem Millerntorstadion stattfinden, was zu einer größeren öffentlichen Aufmerksamkeit führte. Die Mannschaften konnten sich in der spielfreien Zeit im Inneren des Stadions aufhalten und wurden hier durch zahlreiche freiwillige Helfer:innen gepflegt. Außerdem bestand für alle die Möglichkeit, an einer Stadiontour teilzunehmen, sich die Besonderheiten des Stadions anzusehen und sich über die Historie des FC St. Pauli zu informieren. Während des Turniers scoutete der Trainer des „Team Germany“ bereits einige Spieler für die Teilnahme an der Welt-



meisterschaft, dem Homeless World Cup 2024, der in Seoul/Südkorea stattfinden wird. Wie schon beim World Cup 2023 wird Ocker-Beige Berlin wieder einen Spieler für das Nationalteam abstellen. Neben den Deutschen Meisterschaften war der besagte Homeless World Cup 2023 in Sacramento/Kalifornien der Höhepunkt des Jahres, da unser Torwart bei diesem achttägigen Turnier das deutsche Tor hütete und die lange Reise über den Atlantik antreten konnte. Bei der Eröffnungsfeier im Hornet Stadium Sacramento traf unser Spieler zu seiner Überraschung auf drei ihm bekannte Gesichter aus Berlin.

Homeless World Cup 2023 / Fachkräfteaustausch Kalifornien

Im Jahr 2021 entwickelte der Berliner Senat den sogenannten „Masterplan 2030“, mit dem die Obdachlosigkeit bis zum genannten Jahr durch verschiedene Maßnahmen überwunden werden soll. Hauptbaustein stellt hierbei die Konzeption „Housing First“ dar, ein weiterer Bestandteil des Plans sind „Safe Places“. Beide Konzepte haben ihren Ursprung in den USA.

Da uns die Erfahrungen mit diesen Konzeptionen in einem Land, in dem diese schon länger praktiziert werden, für unsere Arbeit äußerst interessierten und dort zugleich das weltweit größte Sportereignis für wohnungslose Menschen stattfand, entstand die Idee als Streetwork-Team eine Reise in die USA zu unternehmen, sich dabei verschiedene soziale Projekte genauer anzuschauen und sich mit den Kolleg:innen vor Ort auszutauschen. Da wir dabei gleichzeitig unseren Spieler und das deutsche Team in Sacramento unterstützen konnten, wollten wir das eine mit dem anderen verbinden. Wir fanden finanzielle Unterstützung für unser Vorhaben bei der Checkpoint-Charlie-Stiftung, sodass wir die Fahrt vom 06. bis zum 16. Juli durchführen konnten.



Die ersten Tage verbrachten wir in Sacramento, besuchten den Homeless World Cup und trafen uns mit Vertreter:innen von Street Soccer USA sowie der Homeless World Cup Foundation, die für die Organisation der Veranstaltung verantwortlich waren. Außerdem besuchten wir in der kalifornischen Hauptstadt die NGO Loaves and Fishes, die diverse Hilfsangebote für obdachlose Menschen auf einem zwei Hektar großen Gelände anbietet.



Über die NGO Loaves and Fishes aus Sacramento:
<https://sacloaves.org>

Des Weiteren besichtigten wir zwei sogenannte „Safe Grounds“ mit unterschiedlichen Konzeptionen. Einer dieser Plätze befindet sich auf einem Privatgrundstück und ist gänzlich selbstorganisiert, während der andere staatlich organisiert war. Bei letzterem müssen die Bewohner:innen einen Antrag bei einer Behörde stellen, um dort einen Platz zu erhalten. Die Menschen sind in Zelten und teil-

weise in Caravans untergebracht und unterliegen einem strikten Regelwerk. Das Gelände verfügt über notdürftige sanitäre Anlagen, ist kameraüberwacht und durch einen Sicherheitsdienst geschützt. Es herrscht ein Alkohol- und Drogenverbot, sowie eine nächtliche Ausgangssperre. Bei Betreten des Geländes müssen sich sowohl Bewohner:innen als auch Besucher:innen einer Leibesvisitation unterziehen. „Safe Places“ bzw. „Safe Grounds“ sind in den USA sicherlich anders einzuordnen als in Deutschland, da es in den USA z.B. keine Unterbringungspflicht des Staates bei unfreiwilliger Obdachlosigkeit gibt. Direkt neben dem städtischen „Safe Ground“ und in der näheren Umgebung gibt es zahlreiche Obdachlose, die ebenfalls in Zelten leben. Diese sind dadurch ungeschützt und verfügen über keine sanitären Einrichtungen, unterliegen aber auch nicht dem strikten Regelwerk.



Über den staatlichen Safe Ground in Sacramento:
<https://www.firststepcommunities.org/safeground>

Der städtische Safe Ground in Sacramento.





Bei Loaves & Fishes (links). Ein leider gängiges Straßenbild (unten).



mit der Organisation Urban Alchemy aus, die spendenfinanziert ist. Die Mitarbeitenden sind zu einem großen Teil ehemalige Strafgefangene, die nun für Sauberkeit, Ordnung und Sicherheit, aber auch für Soziales sorgen sollen. Die Organisation hat auch Immobilien, in denen sie Obdachlose unterbringt und bietet hierbei einen höheren Standard als die staatlichen Unterbringungen.

Die folgenden Tage verbrachten wir in San Francisco und erhielten hier einen Einblick in die städtisch organisierte aufsuchende Soziale Arbeit: Wir trafen uns mit den Organisator:innen der Homeless Outreach Teams, sowie mit dem Street Crisis Response Team bzw. dem Street Overdose Response Team. Auffällig war hierbei, dass der Schwerpunkt der aufsuchenden Arbeit auf dem Gesundheitsaspekt liegt und dass die Arbeit zu einem großen Teil durch „Peers“ durchgeführt wird. Die Mitarbeitenden der Homeless Outreach Teams erhalten einen sechswöchigen Lehrgang, in dem es jedoch nicht um sozialarbeiterische Fähigkeiten geht, sondern lediglich um bestimmte Arbeitsabläufe, wie die Funktionen der Statistikprogramme.

Des Weiteren hatten wir noch die Gelegenheit die Tom Waddell Clinic, eine medizinische Einrichtung für Obdachlose sowie ein Wohnheim des Permanent Supportive Housing im Bezirk Tenderloin zu besichtigen und mit den Kolleg:innen ins Gespräch zu kommen. Tenderloin ist ein Viertel, das durch Obdachlosigkeit und Drogenkonsum geprägt ist. Die Polizei hat sich hier größtenteils zurückgezogen, sodass „Community Work“ u.a. auch diese Aufgabe übernimmt. Diesbezüglich tauschten wir uns

Unser Ziel „Housing First“ in San Francisco genauer zu betrachten, gelang nicht ganz, da dies kaum noch umgesetzt wird. Kolleg:innen berichteten uns, dass die Hauptursache für das Scheitern die Situation auf dem Wohnungsmarkt war und ist, denn in San Francisco ist eine kleine Ein-Zimmer-Wohnung ab 2500,-\$ aufwärts zur Miete zu haben. Aufgrund dessen war es nicht möglich, den für „Housing First“ erforderlichen Wohnraum anzumieten. Eine Situation, die in Berlin zwar (noch) nicht so dramatisch wie am „Golden Gate“ ist, aber bekanntlich ist auch der Berliner Wohnungsmarkt alles andere als entspannt.

Im Anschluss an unseren Austausch berichteten wir über unsere Erfahrungen in verschiedenen Arbeitskreisen, bei der bundesweiten Streetwork-Tagung sowie Gangway-intern.



Sonstige Aktivitäten

Über das Jahr verteilt boten wir verschiedene freizeitpädagogische Gruppenaktivitäten an.

Neben dem bereits erwähnten gemeinsamen Grillen mit ca. 15 Personen am „Safe Place“ Ostbahnhof fuhren wir mit Adressat:innen an zwei verschiedenen Tagen an die Ostsee. Mit der Fußballmannschaft Ocker-Beige Berlin waren wir an einem Nachmittag während der Schließzeit der von uns genutzten Turnhalle beim Minigolf und im Herbst besuchten wir auf Wunsch von Adressat:innen das Museum für Verkehr und Technik.



<https://www.rbb24.de/panorama/beitrag/2023/11/obdachlose-obdachlosigkeit-berlin-wohnungslosigkeit-inflation-hilfsangebote.html>

Öffentlichkeitsarbeit

Während des Berichtszeitraums hatten wir mehrere Gruppen zu Gast (Studierende, Schüler:innen, etc.), denen wir unsere Tätigkeit im Rahmen von Seminaren bzw. Interviews vorstellten und deren Fragen beantworteten.

Zu Beginn des Jahres erschien der Beitrag „Aus den Augen, aus dem Sinn!“ im vom Springer VS verlegtem „Handbuch Wohnungs- und Obdachlosigkeit“, den wir als Team zum Thema Verdrängung obdachloser Menschen aus öffentlichen Räumen verfasst hatten. Außerdem erschien in der Baseler Straßenzeitschrift Schwarzer Peter ein von uns verfasster Artikel zum Thema „Safe Places“. Ein Vertreter unseres Teams nahm auf dem Podium an einer Diskussion der Organisation BARE zum Thema „Trailerparks“ im Grünen Salon der Berliner Volksbühne teil.

Des Weiteren gaben wir verschiedenen Presseorganen zu diversen Themen im Bereich Obdachlosigkeit Interviews. Schwerpunktthema war hierbei ebenso Verdrängung aus öffentlichen Räumen. Hierzu erschienen Beiträge zu „feindlicher Architektur“ im RBB Info-Radio, dem SAT 1 – Frühstücksfernsehen, der Berliner Morgenpost, sowie in der taz. Auf RBB 24 gaben wir ein Interview zu Obdachlosigkeit in Berlin und der Zeitung Neues Deutschland standen wir zum Thema „Trailerparks“ zur Verfügung.

Auf der Fachtagung „FEST 18+“ leiteten wir Workshops zu den Themen „Safe Places“ sowie „Feindliche Architektur“.

Obdachlos in Berlin

"Ohne unsere Freunde hätten wir gar nichts"

So 05.11.23 | 07:56 Uhr | Von Roberto Jurkschat und Anna Gräfe



Drop Out Mitte

Allgemeines und Besonderes aus dem Jahr

Das Jahr war von Beginn an personell herausfordernd. Eine Kollegin sollte im Laufe des Jahres in Elternzeit gehen, musste dann aber früher als erwartet ins Beschäftigungsverbot. Ein weiterer Kollege hatte bereits für Ende Mai bis Ende Oktober 2023 Elternzeit beantragt.

Dennoch waren die sonstigen Rahmenbedingungen für die Arbeit zu Beginn des Jahres aussichtsreich. Das Team sollte über eine Vertretung während Beschäftigungsverbot bzw. Elternzeit sowie mit einer zusätzlichen neuen Stelle perspektivisch von drei auf vier feste Stellen erweitert werden. Schon im Februar konnten die zwei neuen Kolleg:innen beginnen, was angesichts des wachsenden Fachkräftemangels im Arbeitsbereich in so kurzer Zeit kaum erwartbar war. Hinzu kam die auf max. ein Jahr befristete Unterstützung des Teams Mitte durch eine langjährig erfahrene Dropout-Kollegin.

Leider ist es aus verschiedenen Gründen nicht gelungen, den zu Beginn des Jahres angestoßenen Teamaufbau übers Jahr zu verstetigen. Durch eine Kündigung, den Wechsel eines Kollegen in ein anderes Dropout-Team sowie die Rückkehr einer weiteren Kollegin in das wieder finanzierte Projekt in Treptow-Köpenick ergaben sich im Laufe des Jahres unterschiedlichste Teamkonstellationen. Die sicher geglaubte vierte Stelle für das Team Mitte wurde nach dem unerwarteten Weggang der Kollegin vom Senat plötzlich nicht weiter finanziert. Wir sahen uns deshalb gezwungen, die Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit zu reduzieren. Zudem kam es in diesem Zusammenhang zur fachlich begründeten Entscheidung, die Arbeit an der Kurfürstenstraße zu beenden. Festzuhalten ist, dass durch diese Priorisierung und den hohen Einsatz, insbesondere der neuen Kolleg:innen, die direkte Arbeit mit den Adressat:innen 2023 aufrecht erhalten wurde. Im Fokus standen insofern die weitgehend regelmäßig durchgeführten Rundgänge am Alexanderplatz, der Friedrichstraße und dem Hauptbahnhof, die teilweise sehr intensive Einzelfallarbeit und das Durchführen von kleineren Gruppenaktivitäten (z.B. Floßfahrt, Kinobesuch). Hervorzuheben ist, dass das

Auffinden eines toten, unbekanntes obdachlosen Menschen durch die neuen Kolleg:innen auf einem der Rundgänge eine zusätzliche emotional herausfordernde Situation darstellte, die einige Zeit nachwirkte. Ein Interview zu dem Vorfall führte im Spiegel zu einem durchaus beachteten Artikel.



Alexanderplatz

Im gesamten Bezirk Mitte und für uns exemplarisch am Alexanderplatz konnten 2023 wieder die steile Verdrängungs- und Räumungspolitik und deren Auswirkungen beobachtet werden. So wurden immer und immer wieder Menschen, mit denen wir arbeiten, von ihren Aufenthaltsplätzen im öffentlichen Raum vertrieben. Die Anzahl der Ankündigungen und der tatsächlich durchgeführten Räumungen ist aus unserer Sicht und nach der geäußerten Beobachtung von Kolleg:innen anderer Träger (z.B. in der AG Straße) im Laufe des Jahres deutlich gestiegen. Eine konkrete Zahl für das Jahr 2023 lag uns bisher nicht vor. Wir werden aber im Frühjahr 2024 versuchen diesen Sachverhalt über eine offizielle Anfrage über die BVV öffentlich zu machen.

Die Räumungen wurden über für Zeitraum einer ganzen Woche angekündigt – dabei war für die Betroffenen sowie für uns Sozialarbeitende stets unklar, an welchem genauen Tag diese erfolgen sollte. Zudem wurde den Menschen, von denen wir wissen, im Zuge von Räumungsandrohungen durch das Ordnungsamt in der Regel kein Unterbringungsangebot, z.B. nach dem Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetz (ASOG), oder andere Alternativen geboten.

Die umgesetzten Räumungen führen bei den betroffenen Menschen fortwährend zu Verunsicherung, Rastlosigkeit und Stress. Dadurch kommt es in bereits laufenden Hilfeprozessen zu Verzögerungen. Dies führt im schlimmsten Fall zu Beziehungsabbrüchen, da die Menschen nicht mehr anzutreffen sind, sich andere Orte in der Stadt suchen und nicht per Telefon erreichbar sind. Jede Räumung ist eine zu viel, sie erschwert die Unterstützung und ändert nichts am Umstand der schwierigen Lebenssituation von obdachlosen Menschen. Wir wenden uns weiterhin gegen diese unsinnige ordnungspolitische Praxis, weil sie die ohnehin schwierigen Lebensumstände weiter verschlimmert.

Der Tagestreff im Hofbräuhaus am Alexanderplatz wurde im Laufe des Jahres nach Friedrichshain verlegt und das Angebot Ende des Jahres endgültig geschlossen. Damit verloren die obdachlosen Menschen in Berlin-Mitte eine wichtige Anlaufstelle für einen warmen Tagesaufenthalt im Winter oder sonengeschütztes Durchatmen im Sommer mit Essen, Tee, Kaffee, Kleiderkammer und unzähligen Beratungsangeboten in verschiedenen Sprachen.

Für die Straßensozialarbeit und die Wohnungslosenhilfe war der Tagestreff im Hofbräuhaus ein Ort, an dem die praktische Vernetzung und Zusammenarbeit für die Adressat:innen in einer Form möglich war, wie nirgends sonst in der Stadt. Hier konnten Menschen direkt von der Straße hin vermittelt, begleitet und mit dem Nötigsten versorgt werden. Der Tagestreff wurde von unserer Zielgruppe besonders gut angenommen. Wir haben uns immer wieder für den Erhalt dieses Angebots am Alexanderplatz eingesetzt. Der in der Coronapandemie entstandene Ort der Kältehilfe war ein Lichtblick für die Woh-



Schlafplätze am Alex.

nungslosenhilfe und wurde tausendfach genutzt. Seit dem Wegzug und mit der endgültigen Schließung stehen wir in Berlin Mitte wieder vor der Situation, dass obdachlosen Menschen kaum noch geschützte Aufenthaltsorte über den Tag empfohlen werden können, wo sie verschiedenste Angebote der Hilfe und Unterstützung in gleicher Qualität nutzen können. Insbesondere für die zahlreichen Menschen ohne Leistungsberechtigung ist dies ein herber Verlust. Es gab und gibt kein vergleichbares Angebot in Berlin. Wir möchten hier auch daran erinnern, dass der Bezirk Mitte bis heute keinen Ersatz für den 2021 geschlossenen Tagestreff Warmer Otto entwickelt hat.

Für Menschen ohne Leistungsberechtigung waren die 24/7-Einrichtungen von großer Bedeutung, weil sie zu den wenigen Unterbringungsformen zählen, die niedrigschwellig und mit hohen Standards

arbeiten. Die ersatzlose Schließung der SUN in der Auguststraße führte in den ersten Tagen dazu, dass insbesondere im Bezirk Mitte vermehrt ehemalige SUN-Bewohner:innen anzutreffen waren. Auch hier entstand eine Lücke im Hilfesystem. Viele zogen dann im Laufe der Zeit in andere Sozialräume und leben wieder auf der Straße. Schon im Vorfeld hatten wir Kontakt mit einzelnen Menschen, die versuchten, sich eine Perspektive nach dem Stichtag zu erarbeiten - leider selten mit Erfolg.

Weithin auffällig ist, dass sich auch 2023 kein neues Gremium des multiprofessionellen Austausches von Akteur:innen zum Alexanderplatz gebildet hat. Seit Jahren fordern wir die Wiederbelebung eines solchen durch den Bezirk Mitte, wie es diesen bei der „Ini Alexanderplatz“ mal gab. Diese Forderung müssen wir wieder verstärkt in die Öffentlichkeit bringen, um Entwicklungen im Sozialraum besser vorhersehen und auf deren Auswirkungen oder Missstände für die Adressat:innen hinweisen zu können.

Friedrichstraße und Hauptbahnhof

Insbesondere am Hauptbahnhof und der Friedrichstraße war die Arbeit in diesem Jahr von einer weiter zunehmenden Vereinzelung obdachloser Menschen geprägt. Dies erschwerte den Zugang erheblich, da wir sonst über den Kontakt mit Gruppen auch neue Menschen erreichen oder Altbekannte wieder treffen konnten. Dieses Jahr hatten wir vermehrt mit vereinzelt obdachlosen Menschen zu tun, die wir nach einem Erstkontakt oftmals nicht mehr antreffen konnten. Zwar konnte eine Akuthilfe mit Weitergabe der wichtigsten Informationen gewährleistet werden, eine vertrauensvolle Beziehungsarbeit, die längerfristige Hilfeprozesse ermöglicht, konnte jedoch selten erreicht werden.

Das Team hatte bereits 2022 damit begonnen, die Situation für die Menschen des Obdachlosencamps am Hauptbahnhof zu verbessern, indem die Thematik auf die politische Agenda im Bezirk gesetzt wurde und ein langfristiges Inklusionskonzept gefordert wurde. Durch die Wahlwiederholung und den angekündigten Baubeginn im Sommer auf dem Gelände wurde das parlamentarische Verfahren hinfällig. Es wurden schnelle Lösungen gesucht, an



**An diesem Ort
befand sich das
Obdachlosencamp
am Hauptbahnhof.**



denen wir in keiner Weise mehr beteiligt wurden. Letztlich wurde mit viel Aufwand eine Unterkunft für alle Bewohner:innen in der Gotenburger Straße gefunden.

Hier blieben für uns viele Fragen offen. Wieso wurde so schnell und überstürzt gehandelt, obwohl bis Stand 31. Dezember 2023 der Ort lediglich eingezäunt wurde und keine Baumaßnahmen erkennbar waren? Im Spätherbst bildete sich wieder ein Ort mit einer größeren Anzahl von obdachlosen Menschen vorwiegend rumänischer Herkunft am Hauptbahnhof. Viele von ihnen waren uns bereits aus dem Camp zuvor bekannt. Dies wirft für uns die Frage auf, ob die Unterbringung in der Gotenburger Straße wirklich erfolgreich war.

Bei einem Rundgang Ende September fanden die neuen Kolleg:innen die Leiche eines unbekanntes Mannes. Nach den körperlichen Merkmalen war dieser schon vor einigen Tagen verstorben. Die Situation wirkte lange nach. Es war deutlich, dass Passant:innen den Toten am Vortag dort liegen sahen, aber nicht hinschauen, geschweige denn helfen wollten.

Immer wieder sind Straßensozialarbeiter:innen mit ähnlichen Situationen konfrontiert: Ob bekannte oder unbekannte Menschen, ob absehbar oder unerwartet. Häufig sterben die Menschen einsam, allein und nicht selten im öffentlichen Raum. Obdachlosigkeit kann tödlich enden! In der Folge konnten wir das Thema Obdachlosigkeit und Sterben unter anderem über einen Artikel im Spiegel unter dem Titel: „Ein Mann stirbt – mitten im Regierungsviertel“ öffentlich machen.

Kurfürstenstraße (KUFÜ)

Die Kurfürstenstraße wurde durch unser Team und einen Kollegen aus Neukölln bis September 2023 ein bis zwei Mal wöchentlich mit dem Beratungsbus in den späten Nachmittags- bis Abendstunden aufgesucht. Durch die oben beschriebene Personalsituation konnte die Kontinuität der Beziehungsarbeit hier schwer gewährleistet werden. Zudem wurde der organisatorische Aufwand in der Situation immer schwieriger.

Die fachliche Sinnhaftigkeit der Arbeit an der Kurfürstenstraße wurde von uns zunehmend kritisch reflektiert. Der Beratungsbus wurde vermehrt „nur“ als Versorgungsmobil mit Essen, Kaffee, Hygieneartikeln, und Verhütungsmitteln genutzt. Der Anteil an intensiven Beratungsgesprächen und längerfristigen Hilfeprozessen sank deutlich. Das Angebot war im Gegensatz zu unserer sonstigen aufsuchenden Arbeit auch eines mit starker Kommstruktur.

Es gibt in der direkten Umgebung eine gut angenommene Hilfestruktur, z.B. Olga, Neustart und Büloweck. Diese Einrichtungen können kontinuierlich genutzt werden. Mit Blick auf den eigenen fachlichen Schwerpunkt sowie die weiterhin personell schwierige Situation entschlossen wir uns, dieses Angebot im September 2023 zu beenden und unsere Arbeit auf die anderen Standorte zu fokussieren.



<https://www.spiegel.de/panorama/obdachlosigkeit-in-berlin-ein-mann-stirbt-mitten-im-regierungsviertel-a-8f24fb82-3e8a-4cd6-9892-609bd5d7d245>

Vernetzung

Aufgrund der vielen Menschen mit osteuropäischer Erstsprache und den fehlenden Sprachkompetenzen in unserem Team, haben wir uns mit BeWiM (Beratung für europäische Wohnungslose in Mitte) der Stadtmission in diesem Jahr eng vernetzt. Daraus ergaben sich regelmäßige gemeinsame Rundgänge, vor allem mit der polnischsprachigen Kollegin. Mittlerweile ist sie eine wichtige Ansprechperson für uns, an die wir uns für fachliche Fragen wenden und Adressat:innen weitervermitteln.

Habersaathstraße 40-48

Seit Oktober treffen sich die ehemals obdachlosen Bewohner:innen wieder jeden Freitag zum Plenum, um Internes im Haus zu besprechen und sich politisch zu organisieren. Dieser Prozess wurde von uns durch Moderation und Beratung unterstützend begleitet. Dabei ist eine erfolgreiche Social Media Kampagne entstanden.

Der Eigentümer des Hauses möchte die neuen Bewohner:innen gerne loswerden, um das Haus abzureißen und Luxuswohnungen zu bauen. Im August wurde der Strom und das warme Wasser abgestellt, Fenster rausgerissen, Waschbecken, Möbel und Wohnungstüren zerschlagen und Schlösser getauscht. Um die entstandenen Schäden zu reparieren haben wir gemeinsam mit den ehemals obdachlosen Bewohner:innen eine Crowdfunding-Kampagne ins Leben gerufen, bei der 3400 Euro gesammelt wurden. Diese werden verwendet, um durch den Eigentümer verursachte Schäden zu minimieren. So wurden u.a. Gas, Batterien und Kerzen gekauft.



Aussicht 2024

Ab Februar 2024 wird das Team wieder aus drei Personen bestehen. Während der Einarbeitungszeit der neuen Kollegin möchten wir unsere Arbeit in den Gremien wieder verstetigen. Zugleich wollen wir die politische Öffentlichkeitsarbeit wieder verstärken. Insbesondere die Räumungspraktik im Bezirk, die fehlenden Tagestreffangebote und ein professionsübergreifendes Fachgremium für den Alexanderplatz werden wir wieder in den Fokus nehmen.

Die Standorte Alexanderplatz und Friedrichstraße/Hauptbahnhof sollen weiterhin kontinuierlich besucht und die Gruppenarbeit intensiviert werden.



Drop Out Neukölln

Was ist 2023 in Neukölln passiert?

2023 war für uns ein Jahr mit Höhen und Tiefen, was die Kontaktzahlen, die personelle Situation und insbesondere unsere eigene Planungssicherheit anging.

Im Januar konnten wir mit voller Motivation und Freude über zwei neu zu besetzende Stellen ins Jahr starten. Dementsprechend waren die ersten beiden Monate geprägt von Bewerbungsgesprächen und der darauffolgenden Einarbeitung der beiden neuen Kolleg:innen. Daraufhin setzte sich das, von drei auf fünf Personen vergrößerte Team mit der effektiven Nutzung der neugewonnen Ressourcen auseinander und entwickelte ein Konzept, wie beispielsweise Rundgänge und Tätigkeitsgebiet ausgeweitet werden können.

Den Frühling und Sommer über zeichnete sich das Potenzial einer gut aufgestellten und gut finanzierten Straßensozialarbeit ab, was sowohl in den Kontaktzahlen, zahlreichen und erfolgreichen Vermittlungen als auch in neu ausgebauten und verfestigten Kooperationen mit anderen Sozialen Trägern sichtbar wurde. Zudem konnten wir uns intensiv mit dem im März erschienenen, stark umstrittenem "Leitfaden zum Umgang mit Obdachlosigkeit im Öffentlichen Raum" vom Bezirksamt Neukölln auseinandersetzen.

Leider hielt dieses Hoch nur bis zur Veröffentlichung des Kataloges der geplanten Kürzungen im sozialen Bereich des Bezirkes an. Damit entstand eine enorme Unsicherheit bezüglich unserer personellen Situation. Da es keine sicheren Zusagen zur Finanzierung mehrerer Stellen durch den Bezirk für das Jahr 2024 gab, konnten unbesetzte Stellen bereits ab Oktober 2023 nicht nachbesetzt werden. Wir mussten auf eine Art "Notbetrieb" umstellen. Das erst zu Beginn des Jahres erarbeitete Konzept konnte nicht mehr berücksichtigt werden. Die Personalsituation blieb bis zum Jahreswechsel ungewiss.

Unterwegs in Neukölln

Auch dieses Jahr trafen wir den größten Teil unserer Adressat:innen in Nord-Neukölln (innerhalb des S-Bahnringes) an. Durch die Teamerweiterung war es uns jedoch auch möglich regelmäßig Rundgänge im Süden Neuköllns zu machen. Wir sind sowohl zu Fuß, mit dem Fahrrad als auch mit den öffentlichen Verkehrsmittel unterwegs. Letzteres vermehrt in der kalten Jahreszeit, da die U- und S-Bahnhöfe (U7 + U8) unseren Adressat:innen Schutz vor Kälte und Nässe bieten.

Im Gegensatz dazu legten wir im Frühling und Sommer die Schwerpunkte unsere Rundgänge auf die Parks und die Grünstreifen am Landwehrkanal. Dreh- und Angelpunkt unserer Rundgänge blieb wie zuvor der Hermannplatz im Herzen Neuköllns. Dort halten sich besonders viele Adressat:innen auf, da er ein Verkehrsknotenpunkt ist, es viele unterschiedliche Möglichkeiten zur Geldbeschaffung gibt und der Trubel – auch in den Abend- und Nachtstunden – den auf der Straße lebenden Menschen Schutz vor Übergriffen bietet. Da dieser Ort von vielen unterschiedlichen Personengruppen genutzt wird, kam es dort dennoch immer wieder zu Nutzungskonflikten zwischen den Gewerbetreibenden, den Anwohner:innen, Passant:innen und unseren Adressat:innen. In diesen Konflikten war unser Auftrag stets die Interessen unserer Adressat:innen zu kommunizieren und zu vertreten.

Stellungnahme "Leitfaden zum Umgang mit Obdachlosigkeit im Öffentlichen Raum"

Die Veröffentlichung des Neuköllner Leitfadens führte zu einer kritischen öffentlichen und medialen Berichterstattung. Als Team brachten wir uns in Form von zwei Interviews in die Diskussion ein und erarbeiteten mit dem Arbeitskreis Wohnungsnot eine Stellungnahme. Aufgrund der großen Kritik an dem Papier lud der Sozialausschuss Neukölln zu einer öffentlichen Sitzung. Dort vertreten war eine Sachverständige des Arbeitskreises Wohnungsnot, welche die fachliche Kritik des Gremiums am Leitfaden vortrug. Im Laufe der Sitzung gab es auch von

Sozialen Akteur:innen und Betroffenen inhaltlich fundierte Einwände gegen den Leitfaden. Am Ende des Sozialausschusses wurde einstimmig beschlossen, dass der Leitfaden überarbeitet werden soll. Der aktuelle Stadtrat für Soziales hat im Anschluss nach Unterstützung bei der Erarbeitung eines neuen Leitfadens gebeten.

Wir vom Gangway-Team Drop Out Neukölln konnten und wollten uns nicht an einer Erarbeitung eines Leitfadens des Bezirksamtes beteiligen, da wir durch die Ausrichtung unserer Arbeit und unserer Parteilichkeit den obdachlosen Menschen gegenüber in einen Interessenkonflikt stehen. Stattdessen entschieden wir uns, als Sachverständige lediglich eine Stellungnahme mit einer Empfehlung zu schreiben, was aus unserer fachlichen Einschätzung in einem solchen Leitfaden stehen sollte. Außerdem haben wir konkrete Forderungen, welche zu einer wirklichen Verbesserung der Lebenssituation wohnungs- und obdachloser Menschen beitragen würden, formuliert.

SGB XII §1 Satz 1 "Aufgabe der Sozialhilfe ist es, den Leistungsberechtigten die Führung eines Lebens zu ermöglichen, das der Würde des Menschen entspricht."

Daraus erschließt sich für uns, dass das Hauptaugenmerk auf die Bedürfnisse der Betroffenen gerichtet sein sollte.

Anstelle einer Fokussierung auf den ordnungsrechtlich genauen Ablauf von Räumungen sollte sich ein Leitfaden des Sozialamtes Neukölln für die Verbesserung der Lebensumstände der obdachlosen Menschen, sprich den sozialrechtlichen Aspekten widmen. Des Weiteren sollten die Entstigmatisierung und Inklusion der Menschen in die Gesellschaft im Vordergrund stehen. Diskriminierungen im Hilfesystem aufgrund von Armut, Gender, Herkunft und Krankheit müssen benannt und abgebaut werden. Außerdem wäre es aus unserer Sicht sinnvoll, sich die Frage zu stellen, warum viele wohnungs- und/oder obdachlose Menschen die bereits bestehenden Angebote nicht annehmen können oder wollen (siehe Drop Out Jahresbericht 2022) und welche Maßnahmen reale Verbesserungen herbeiführen würden. Stattdessen wird versucht, den fragwürdigen Begriff der "freiwilligen Obdachlosigkeit" zu definieren und die damit einhergehenden rechtlichen Konsequenzen bis ins kleinste Detail auszuformulieren.

Folgende Punkte würden aus unserer professionellen Sicht als Straßensozialarbeiter:innen die Situation von wohnungs- und obdachlosen Menschen im Bezirk nachhaltig verbessern:

- vereinfachter Zugang zu Ausweisdokumenten (aller Menschen)
- offene Sprechstunden für Personalausweise beim Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten (LABO)
- Zuständigkeit und offene Sprechstunden für Ausweise auch bei ofW (ohne festen Wohnsitz) in den Bezirksämtern Berlins
- Bezirk erkennt seine Zuständigkeit für alle im Bezirk lebenden Menschen an
- Bedingungslose Unterbringung für alle (!) Menschen
- Erhalt und Ausbau der 24/7-Einrichtungen
- allgemeingültige Standards für ASOG-Einrichtungen
- standardmäßige Unterbringung in Einzelzimmern in ASOG-Unterkünften
- standardmäßige Sozialberatung in allen ASOG-Unterkünften
- Suchtakzeptierende Einrichtungen und Unterkünfte
- Ausbau der Tagesangebote
- bedingungslose medizinische Versorgung für alle Menschen
- Kampagnen zur Entstigmatisierung von Wohnungslosen
- sofortiges und dauerhaftes Aussetzen aller Räumungen von Obdachlosenlagern
- Beschlagnahmung und Zwischennutzung von leerstehenden Wohnungen zur Unterbringung. Diese Maßnahme ist möglich, wie das Beispiel Hamburg zeigt. Dazu gehört jedoch politischer Wille!

Bis zum Jahresende lag uns noch kein neuer oder überarbeiteter Leitfaden des Bezirksamtes Neukölln vor.



Sachstand: Polizeirechtliche Beschlagnahme von Wohnungen zur Unterbringung von Obdachlosen

<https://kurzelinks.de/sachstandbt>

Motivation und Demotivation in unserer Arbeit

Nach der Wiederholungswahl war das Jahr 2023 in Neukölln bestimmt von der Diskussion um Kürzungen im sozialen Bereich. Obwohl es besonders Projekte im Rahmen der Jugendhilfe betraf, ging dieses Thema auch an uns nicht spurlos vorbei. Die Ankündigungen aus dem Juni, dass die Wohnungslosenhilfe reduziert und die aufsuchende Suchhilfe gar komplett gestrichen werden soll, hat uns als Straßensozialarbeiter:innen schockiert. Das Hilfesystem, gerade in Neukölln, bedarf in diesen Bereichen eher eines Ausbaus und wird schon jetzt den Bedürfnissen vieler unserer Adressat:innen nicht gerecht. In Neukölln gibt es lediglich zwei Örtlichkeiten, die wohnungslose Personen tagsüber aufsuchen können. Diese sind außerdem nicht täglich geöffnet. Viele Einrichtungen sind nicht auf die multiplen Problemlagen, die bei vielen unserer Adressat:innen vorliegen, ausgelegt. Konsum und psychische Schwierigkeiten sowie das Führen von Hunden oder fehlende Leistungsansprüche nach SBG II oder XII stellen schier unüberwindbare Hürden für einen großen Teil unser Adressat:innen dar. Ein weiterer Abbau des bestehenden Hilfesystems führt zu einer weiteren Verschlechterung der Situation wohnungsloser Menschen, welche an sich schon zu den vulnerabelsten Personengruppen unserer Gesellschaft gehören. Wir fragen uns, wie mit solchen politischen Überlegungen das Ziel des Masterplans, Obdachlosigkeit bis zum Jahr 2030 zu beenden, nur ansatzweise erreicht werden soll.

Auch wenn das Ausmaß der tatsächlich stattgefundenen und der noch kommenden Kürzungen bisher nur schwer überschaubar und einzuschätzen ist,

konnten wir schon Konsequenzen in unserer täglichen Arbeit feststellen.

Nach der Vergrößerung des Teams im Frühjahr konnten wir einige Bereiche unserer Arbeit ausweiten. Einerseits gab es uns die Möglichkeit auch in bisher weniger frequentierten Gegenden Neuköllns, wie Rudow, Britz und Buckow, regelmäßige Rundgänge durchzuführen, sowie auf Meldungen von Kooperationspartner:innen direkter zu reagieren. Es gab uns aber auch mehr Kapazitäten, um Einzelfälle intensiver begleiten zu können, ohne regelmäßige Rundgänge zu vernachlässigen. Durch die personelle Stärke unseres Teams konnten wir in unterschiedlichen Konstellationen an unterschiedlichen Orten gleichzeitig sein. Dies erleichterte die Kontaktaufnahme und -verfestigung sowie die Erreichbarkeit von Adressat:innen, besonders von denen, die eher mobil im Bezirk unterwegs sind. Der Großteil der Personen, mit denen wir arbeiten, verfügen entweder gar nicht erst über ein Telefon oder aber über eine zuverlässige Möglichkeit, dieses zu laden und mit Guthaben zu versehen. Die Weitergabe von Informationen und Terminen erfolgt daher in vielen Fällen ausschließlich über das Antreffen auf der Straße. Durch das zeitgleiche Abdecken eines größeren Gebiets konnten wir enger Kontakt mit unseren Adressat:innen halten.



Auf Rundgang am Landwehrkanal.

Leider konnten wir diese Ausweitung angesichts der fehlenden Planungssicherheit ab Sommer 2023 bezüglich der Stellen nicht im selben Maße gewährleisten. Bis Ende des Jahres war nicht geklärt, ob wir die frei gewordene Stelle nachbesetzen können. Doch die unklare Situation bezüglich der Verlängerung projektbezogener Finanzierung hat dazu geführt, dass eine Stelle bisher nicht nachbesetzt werden konnte und Kolleg:innen keine Gewissheit hatten, ob sie weiterhin Teil des Teams sein können oder ihren Arbeitsplatz verlieren. Eine perspektivisch gedachte, auf Langfristigkeit angelegte konzeptionelle Arbeit ist dadurch schwer zu gewährleisten. Gerade niedrigschwellige, aufsuchende Straßensozialarbeit benötigt aber genau dies. Es ist elementar, eine personelle Kontinuität herzustellen, um wichtige und teils anspruchsvolle erste Schritte im Aufbau von Kontakt und Beziehung nicht immer wieder aufs Neue gehen zu müssen, um sich das notwendige Vertrauen von Adressat:innen zu erarbeiten. Für viele unserer Adressat:innen, die vom übrigen Hilfesystem nicht erreicht werden, stellt Straßensozialarbeit die einzige Art von kontinuierlicher Hilfe dar. Dies ist eine Ressource, die unser Erachtens nach nicht zu unterschätzen ist.

Ins Jahr 2024 starten wir mit der Hoffnung im Laufe des Jahres wieder mit fünf Personen auf der Straße zu sein. Es bleibt aber perspektivisch bei der unsicheren Situation für drei Stellenanteile des Teams, welche über unterschiedliche bezirkliche Mittel finanziert werden, die zeitlich befristet sind. Uns erwartet also wahrscheinlich eine ähnliche Achterbahn der Gefühle wie im vergangenen Jahr.



Drop Out Treptow-Köpenick

Im September wandte sich der Bezirk Treptow-Köpenick an Gangway e.V. mit der Bitte um ein Konzept für Straßensozialarbeit an Hotspots im Bezirk. Das Konzept überzeugte das Bezirksamt, so dass Gangway den Auftrag erhielt. Ab 1.10.2023 konnte mit zwei Stellen begonnen werden.

In den ersten drei Monaten wurden die Sozialräume Alt-Treptow und Treptower Park, S-Bhf. Baumschulenweg, S-Bhf. Schöneweide, Altglienicke, S-Bhf. Köpenick, Wuhlheide/Mellowpark, vor allem aber die Gebiete rund um den S-Bhf. Grünau und in Friedrichshagen begangen. Mehrere akute Problemlagen erforderten unser sofortiges Eingreifen unmittelbar nach Beginn des Projektes.

Von Null auf Hundert – Einzelfall

Primärer Handlungsbedarf bestand bezüglich einer obdachlosen Seniorin, die seit ca. 6 Monaten eine Straßenbahnhaltestelle bewohnte. Die anfänglich hohe Hilfsbereitschaft der Anwohner:innen nahm zunehmend ab. Es kursierten viele zum Teil Persönlichkeitsrechte verletzende Einträge, Fotos und sogar Filmaufnahmen in sozialen Netzwerken. Dies zog immer größere Kreise in Presse und Politik.

Unser Team war wochenlang engmaschig vor Ort im Bemühen um Vertrauen zu Adressatin aufzubauen. Wir haben uns einen Überblick über die Situation verschafft, Ursachen erfragt und Zusammenhänge erkannt. Es zeigte sich, dass es sich um einen sehr komplexen Fall handelte, an dem bereits mehrere Akteure:innen beteiligt und teilweise gescheitert waren. Mit Geduld erklärten wir das Prozedere, leiteten Informationen weiter, beschleunigten das Verfahren und fungierten als Bindeglied zwischen sämtlichen Ämtern und geeigneten Hilfsangeboten. Nicht zuletzt versuchten wir bei den Anwohner:innen für weiteres Verständnis zu werben.

Wie überlastet das Hilfesystems ist wurde bei diesem Fall besonders deutlich. Insbesondere die bezirksübergreifenden Zuständigkeiten für unsere Adressat:innen und die generelle Überlastung in Ämtern und Behörden erschweren die bedarfsge-

rechte Unterstützung. Aufgrund dieser strukturellen und grundsätzlichen Hindernisse, werden uns Steine in den Weg gelegt, was selbst engagiertestes Arbeiten auf der Straße nicht ausgleichen kann.

Uns gelang es, noch vor dem ersten Kälteeinbruch, in enger Zusammenarbeit u. a. mit dem Sozialpsychiatrischen Dienst Treptow-Köpenick, die Adressantin in eine der raren, geeigneten Einrichtungen zu bringen.

Trailerparks

Bestimmend für unsere Arbeit im Bezirk waren die Trailerparks, die auch medial sehr hohe mediale Aufmerksamkeit erhielten.

Kriminelle Machenschaften, persönliche Bereicherung durch Ausnutzung von Notlagen wohnungsloser Menschen, seitens des Betreibers dieser Wohnwagensiedlungen empfinden wir als ebenso empörend wie die sich immer noch zunehmend verschärfende Schiefelage von Angebot und Nachfrage

auf dem Wohnungsmarkt, die derartigen Geschäftsmodellen den Boden bereitet.

Im Sommer 2023 wurde ein erster Trailerpark geräumt. Das Vorgehen des Bezirkes war aus unserer Sicht in diesem Fall beispielhaft, im Bemühen um eine soziale, langfristige Lösung die Menschen in eigenen regulären Wohnraum zu vermitteln.

Entgegen unserer sonstigen grundsätzlichen Position, waren wir bereit, die aus unserer Sicht unumgänglichen Auflösung dieser brandgefährlichen Wohnwagensiedlung am Adlergestell zu begleiten. Dies geschah nach tiefgehender Diskussion im Kollegium und im strikten Interesse sowie mit Einverständnis der Adressat:innen.

Die Situation auf dem Gelände und die angespannte Stimmung seitens des Pächters machte es uns nicht möglich, die Adressat:innen auf dem Gelände aufzusuchen.

Im Trailerpark I





Im Trailerpark II

Wir haben die Bewohner:innen daher im Umfeld und nur bei Abwesenheit des Pächters angesprochen (und auf den Buschfunk gesetzt), sie über die Lage aufgeklärt, Handzettel und unsere Visitenkarten verteilt, das Bezirksamt beim Ersetzen von Mitteilungsblättern unterstützt und vor allem versucht Überblick über das Gelände, die Gegebenheiten und die Bewohnendenstruktur und die persönlichen Notlagen zu erlangen.

Die Teilnahme an der Informationsveranstaltung des Bezirkes zum Vorgehen und besonders zu den Hilfsangeboten durch die Wohnhilfe war mit ca. einem Fünftel der Bewohner:innen nicht sehr rege. Die Menschen waren verwirrt, hatten Angst, kein Vertrauen in staatliche Institutionen und wurden außerdem permanent erpresserischem Druck ausgesetzt. Der „allmächtige“ Vermieter der Wohnwagensiedlung versuchte aufzuwiegeln, aussichtslose Be- und Widersetzung durch gezielte Falschfor-

mationen anzustoßen und damit noch so lang wie möglich Geld mit diesem kriminellen Geschäftsmodell zu verdienen.

Wir haben bei den Bewohner:innen für Vertrauen geworben und letztlich gute Beziehungen aufgebaut und mutige Peer-Helfer gewonnen.

Viele Bewohner:innen des Trailerparkes sind in prekären Beschäftigungsverhältnissen oder leben von geringen Transferleistungen. Diese Personengruppen haben auf dem Berliner Wohnungsmarkt bekannterweise keine Chance – entsprechend waren sie dem Druck und der Abhängigkeit des Vermieters ausgeliefert und befürchteten nun auch noch diesen schlechten Wohnraum zu verlieren. Auch Geflüchtete, die aus sogenannten sicheren Herkunftsländern (z.B. Marokko) stammen und bis Kriegsausbruch in der Ukraine studierten, zählten zu den Bewohner:innen.

Exkurs – Geflüchtete Nicht-Ukrainer:innen



Die Situation von geflüchteten Drittstaatler:innen, die bei Kriegsausbruch in der Ukraine studierten, ist mehr als schwierig. Wer aus der Ukraine geflohen ist und keinen ukrainischen Pass hat, gilt in Deutschland nicht als Kriegsflüchtling. Nahezu 80 000 aus der Ukraine geflüchtete Student:innen aus Drittstaaten sollen sich z. Z. in Deutschland aufhalten. Pro Asyl fordert die Öffnung des BAföG und den Zugang zu Stipendien, da ihnen sonst die Abschiebung droht.

Es gibt Betroffene die Englisch, Französisch, Arabisch und Russisch sprechen und viele Jahre in der Ukraine studiert haben. Die einzige Möglichkeit für diese Personengruppe einen legalen Aufenthaltsstatus zu bekommen, ist es eine Ausbildungsduldung zu beantragen.

In mehreren uns bekannten Fällen wurden die Betroffenen bei der Ankunft falsch beraten. Die dann fälschlicherweise gestellten Anträge wurden folglich abgelehnt und die Betroffenen verfügten über keinerlei materielle Absicherung. Diese spezielle Problematik erfordert einen hohen Kenntnistand zu aktuellen und sich stetig ändernden Gesetzen und Bestimmungen.

Für das nächste Jahr haben wir daher Fortbildungen zu dieser Thematik geplant.

Ausblick 2024

Bisher ist es uns noch nicht gelungen ein passendes Büro zu finden und anzumieten, weshalb wir für administrative Aufgaben ersatzweise die Gangway-Zentrale und das Büro des Jugendteams von Gangway in Treptow-Köpenick benutzen.

Auch die Anschaffung eines Autos steht noch aus, da wir im ganzen Bezirk Treptow-Köpenick unterwegs sind. Übergangsweise nutzen wir daher in Abstimmung mit den Kolleg:innen die Fahrzeuge anderer Gangway-Teams.

Die personelle Situation wird ebenfalls herausfordernd, da eine Kollegin, die im Oktober angestellt wurde uns zu Ende Dezember bereits wieder verlassen hat.

In der Zwischenzeit erhalten wir soweit möglich Unterstützung durch Kolleg:innen des Gangway-Jugendteams Treptow- Köpenick. Wir hoffen auf eine baldige Besetzung der offenen Stelle, um perspektivisch kontinuierlich arbeiten zu können.

Drop Out Xhain

Personelle Situation – Arbeit in Zeiten von Unterbesetzung

Im Jahr 2023 hatten wir wegen zahlreicher Krankheitsausfälle und der Kündigung eines Kollegen mit Unterbesetzung zu kämpfen. Aufgrund des generellen Fachkräftemangels hatten wir große Schwierigkeiten, die freie Stelle erneut zu besetzen. Da wir meistens nicht in voller Stärke arbeiten konnten, mussten wir uns darauf konzentrieren, mit den vorhandenen Ressourcen auszukommen, und unsere Arbeitsbereiche einschränken. Wir verknüpften die Rundgänge in Friedrichshain-Nord und -Süd zu einem gemeinsamen im gesamten Stadtteil Friedrichshain. Außerdem begrenzten wir unseren Einsatz im Görlitzer Park. Trotz dieser Einschränkungen bemühten wir uns im Jahr 2023, unsere Adressat:innen kontinuierlich und bestmöglich zu unterstützen.

Unsere Erfahrungen zeigen deutlich, wie essenziell es für die Straßensozialarbeit ist, eine angemessene personelle Besetzung vor allem durch Menschen mit notwendigen Sprachkompetenzen zu gewährleisten. Dies ermöglicht nicht nur eine effektivere Abdeckung der Arbeitsgebiete, sondern trägt auch dazu bei, die Qualität der Unterstützung und Hilfeleistung für Menschen auf der Straße zu verbessern.

Beziehungsarbeit, Aktivitäten

Im Jahr 2023 bemühten wir uns intensiv um die Vertiefung unserer Beziehungsarbeit zu den Adressat:innen. Im Rahmen dessen führten wir vielfältige Gruppenaktivitäten durch, wie zweiwöchentliche Essensaktionen von März bis Juni, gemeinsames Grillen, Kinoabende oder Bowling. Gemeinsam mit Adressat:innen besuchten wir auch das Abgeordnetenhaus, das im Mai obdachlosen Menschen explizit seine Türen öffnete. Durch diese Aktivitäten konnten wir nicht nur eine angenehme Atmosphäre schaffen, sondern auch eine vertrauensvolle Beziehung zu den Menschen auf der Straße aufbauen. Diese gemeinsamen Erlebnisse förderten den sozialen Austausch und ermöglichten uns, individuelle Bedürfnisse und Herausforderungen unserer Adressat:innen besser zu verstehen und ihre soziale und kulturelle Teilhabe zu stärken.

Am 11. September, dem Tag der Wohnungslosen, organisierten wir zusammen mit dem Familien- und Nachbarschaftszentrum Kiezanker, Radtour für obdachlose Menschen, Berliner Obdachlosenhilfe e.V. und einigen unserer Adressat:innen einen Kiezspaziergang durch Kreuzberg. Der Spaziergang umfasste verschiedene relevante Themen: Wohnungslosigkeit, Verdrängung, Rassismus, usw. Zum Abschluss fanden vor dem CoLab im Görlitzer Park Konzerte und eine Essensausgabe statt. Der Spaziergang wurde sowohl von der Nachbarschaft als auch von unseren Adressat:innen gut besucht.

Zu unserer Arbeit gehört auch, die Adressat:innen in schwierigen Zeiten zu begleiten, zum Beispiel unterstützten wir sie bei Beerdigungen. Unser Ziel ist es, nicht nur oberflächliche Hilfe zu leisten, sondern als verlässliche Unterstützungspersonen in sämtlichen Lebenslagen präsent zu sein.

**Kiezspaziergang
am Tag der Wohnungslosen.**



Bowling mit Adressat*innen.



Staatssekretär für Soziales zu Besuch im Görl.

Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg und anderen Akteur:innen der Wohnungslosenhilfe, um über „Safe Places“ zu sprechen.

Vernetzung

So wie in vorherigen Jahren führten wir in 2023 unsere Vernetzungsarbeit fort. Wie zuvor beteiligten wir uns regelmäßig an den Treffen des AK Wohnungsnot, der AG Sucht, dem Runden Tisch Görlitzer Park und dem Aktionsbündnis Solidarisches Kreuzberg. Wir beteiligten uns erneut mit anderen Drop Out Teams an der Organisation der bundesweiten Fachtagung Erwachsenen-Streetwork FEST 18+, die 2023 in Duisburg stattfand. Zusätzlich beteiligten wir uns an einem neu entstandenen Arbeitskreis Queerhome, in dem die Problematik der Wohnungslosigkeit von LGBTQI+ Personen multidimensional behandelt wird.

Unsere Arbeit mit der Senatsverwaltung und dem Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg intensivierte sich weiter. Im August trafen wir uns mit dem Staatssekretär für Soziales. Wir berichteten von unserer Arbeit und den Hauptproblemen, die uns seit Jahren begleiten: unzureichende Versorgung, fehlende Angebote, insbesondere für wohnungslose Migrant:innen und Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen, sowie erschwerte oder fehlende Leistungszugänge. Im Anschluss führten wir gemeinsam einen kurzen Spaziergang durch den Wrangelkiez durch, um unser Arbeitsgebiet vorzustellen. Im September trafen wir uns auch mit dem

Wir arbeiten weiterhin sehr eng mit dem Gangway-Projekt CoLab in Görlitzer Park. Wir beteiligten uns in verschiedenen Prozessen mit der Nachbarschaft, vor allem rund um den Görlitzer Park und im Wrangelkiez. Wir nahmen an verschiedenen Treffen mit der Nachbarschaft teil und beteiligten uns im Prozess der Neugestaltung des Urbanhafens. Die Lage in diesen Orten ist seit Jahren angespannt. Als Streetworker:innen haben wir die Aufgabe, in solchen konflikthaften Aushandlungen die Perspektive unseren Adressat:innen einzubringen und uns für ihre Interessen einzusetzen.

In der Straßensozialarbeit ist es entscheidend, ein gutes Netzwerk zu haben, um Adressat:innen schnell und bedarfsgerecht vermitteln zu können. Deswegen führten wir in 2023 unsere Vernetzungsarbeit mit anderen Trägern der Drogen- oder Wohnungslosenhilfe weiter. Wir intensivierten die Zusammenarbeit mit Fixpunkt rund um den Görlitzer Park und führten gemeinsame Rundgänge durch. Weiterhin begleitete uns monatlich eine Mitarbeiterin der Drogenberatung Vista, um den Zugang zur Drogenhilfe für unsere Adressat:innen zu erleichtern. Wir trafen uns auch mit verschiedenen Housing-First-Projekten, Einrichtungen der Eingliederungshilfe und mit dem wieder eröffneten Übergangshaus Kieffholzstraße, um unsere Vermittlungswege zu vereinfachen und zu verkürzen.

Im Juni nahm ein Teil unseres Teams, zusammen mit Kolleg:innen aus anderen Gangway Teams, an einem Fachkräfteaustausch in Detroit, USA teil. Im Rahmen dessen lernten wir viele verschiedenen Organisationen und Träger kennen. Wir gewannen dadurch viele interessante und wichtige Eindrücke, vor allem in Bezug auf den strukturellen Rassismus in den USA und dessen Auswirkungen auf die Soziale Arbeit.

Vermittlung: Fallbeispiele

Im Jahr 2023 haben wir unsere Adressat:innen in viele soziale Organisationen und Projekte vermittelt und sie bei dabei nach Bedarf begleitet. Darunter gab es Vermittlungen in 67er Hilfen wie Übergangshäuser und betreutes Wohnen sowie Housing-First-Projekte, 24/7-Unterkünfte usw. Leider wurde ein besonders wichtiges 24/7-Projekt, die SuN in der Auguststraße im Oktober geschlossen. Das Projekt war für viele unserer Adressat:innen ohne Zugang zu Sozialleistungen die einzige Möglichkeit, längerfristig unterzukommen.

Eine Vermittlung ins Übergangshaus war besonders intensiv. Nach jahrelangen Versuchen haben wir es endlich gemeinsam mit einer Adressatin geschafft, eine geeignete Unterkunft für sie zu finden, alle notwendigen Unterlagen zu organisieren und alle dringenden Termine einzuhalten. Der Adressatin konnten wir schließlich einen Platz in dem Übergangshaus, nicht weit von ihrem gewöhnlichen sozialen Raum, vermitteln. Dort wohnt sie zur Zeit und arbeitet mit den Sozialarbeiter:innen an einer Verbesserung ihrer Lebenssituation. Nach eigener Aussage würde sie den nächsten Winter auf der Straße vermutlich nicht mehr schaffen.

Ähnlich erfolgreich waren wir mit einem unserer Adressaten, der nach Jahren auf der Warteliste ein Angebot von Housing First bekam. Die intensive Begleitung zu den drei obligatorischen Treffen hat es ihm ermöglicht, den Prozess der Wohnungsfindung zu starten. Seine Wohnung bekommt er schon bald. Housing First soll ein niedrighschwelliges Angebot sein und theoretisch ist es auch so. Die Interessent:innen können frei entscheiden, wie stark und ob sie überhaupt an ihren Problemlagen arbeiten wollen. Für unsere Adressat:innen gestaltet sich



jedoch schon das vermeintlich einfache Erscheinen zu Terminen als eine unüberwindbare Hürde. Für die anfänglichen Schritte brauchen sie oft unsere Begleitung. Unser Adressat wurde von uns zu den drei Terminen begleitet, dadurch konnte er sich den Weg in das Büro merken und das notwendige Vertrauen zu den dortigen Sozialarbeiter:innen entwickeln.

Entwicklungen in Kreuzberg: Kotti Wache

Im Februar eröffnete die umstrittene Polizeiwache am Kottbusser Tor, die mit rund 3 Millionen Euro finanziert wurde und der hohen Kriminalitätsrate der Gegend entgegenwirken soll. Begleitet wurde die Eröffnung der Kotti-Wache von Demonstrationen und Protesten aus der Zivilbevölkerung angesichts befürchteter Repression und Racial Profiling. Gleichzeitig wurden Hilfsangebote, welche die sozialen Probleme lösungs- und ressourcenorientiert angehen, statt sie nur zu verdrängen und zu verlagern, lediglich mit 250.000 Euro bezuschusst.

Leider wurde ebenfalls die Kontaktstelle mit Drogenkonsumraum von Fixpunkt am Kotti geschlossen. Die betroffenen Menschen mussten in die SKA in der Reichenbergerstraße ausweichen, was zur Folge hatte, dass deren Kapazitäten völlig ausgeschöpft waren. Andererseits wurden viele Adressat:innen von diesem Angebot gar nicht mehr erreicht. Dabei ist die Beziehungs- und Vertrauensarbeit durch feste Institutionen und Regelmäßigkeit besonders wichtig. Ein berlinweites Problem sind auch fehlende und bezahlbare Räumlichkeiten für soziale Träger und Drogenkonsumräume im speziellen. Es braucht ausreichende Angebote und einfache Zugänge. Deshalb sagen wir: Statt Kürzungen brauchen wir mehr Sozialarbeit!

Eine positive Entwicklung sehen wir in der ganzjährigen Öffnung der von der Johanniter-Unfall-Hilfe e.V. und Fixpunkt e.V. betriebenen Notübernachtung an der Ohlauer Straße ab 2024. Wir sind gespannt, wie sich das auf den Sozialraum auswirkt und sehen das als einen Schritt in die richtige Richtung.

Der Erfolg der neuen Wache ist zum Ende des Jahres umstritten: Die Zahl der erfassten Delikte stieg vor allem im Umkreis des Kottis um 15% an. Dass diese Zunahme nur durch erhöhte polizeiliche Präsenz, mehr Kontrollen und größere Anzeigebereitschaft zu erklären ist, zweifelt aber selbst die Senatsinnenverwaltung an.



Aus der taz:

<https://taz.de/Kriminalitätsanstieg-trotz-neuer-Wache!/5962292/>

Ohne ausreichende Angebote und Schutz/-Konsumräume stellen wir die versprochene verbesserte Sicherheit am Kotti und Umgebung in Frage. Nachhaltige Lösungen, Veränderungsprozesse in den Strukturen eines (menschwürdigen) Hilfe- und Unterstützungssystems funktionieren nicht, indem Angst geschürt und Menschen mit Gewalt, Drohungen und Abwertung begegnet wird.

Der geplante Zaun um den Görlitzer Park

Anfang September fand in Berlin der sogenannte „Sicherheitsgipfel“ statt, auf dem der Senat nach einer noch nicht prozessual belegten Gruppenvergewaltigung die nächtliche Schließung des Görlitzer Parks beschloss. Das Bündnis Görli Zaunfrei und andere wichtige lokale Akteur:innen saßen jedoch nicht mit am Tisch. Wir finden die Idee der nächtlichen Schließung gefährlich und nicht zielführend. Statt dem Bau eines Zauns sehen wir die Lösung darin, den Kiez durch mehr Gemeinwesenarbeit, Dialog und Offenheit den Menschen gegenüber zu stärken, um einen Umgang mit den täglichen Herausforderungen zu finden. Die prekären und sich zunehmend verschärfenden Lebenslagen und die damit einhergehenden Stigmata unserer Adressat:innen sind real und ein Symptom der Gesellschaft.

Verelendung, Hochrisikokonsum und eine Zunahme an Drogenabhängigen und Obdachlosen ist in diesem Gebiet sichtbar. Auch haben Polizeirazzien und regelmäßige Kontrollen nur zu einer Verlagerung der Problemfelder über die Parkgrenzen hinaus und in die umliegenden Kieze geführt. Doch werden die Ursachen dafür - Kriminalität durch Illegalität, Gentrifizierung, wenig bezahlbarer Wohnraum, Wegfall von sozialen Einrichtungen und medizinischen/gesundheitspräventiven Angeboten und jegliche Form von Feindlichkeit - nicht behandelt. Wir sehen den Zaun um den Görlitzer Park als Symbolpolitik auf Kosten der Anwohner:innen. Wir brauchen ein gemeinsames Konzept aller beteiligten Akteur:innen, um die Situation im Görlitzer Park und im Wrangelkiez zu verbessern. Aus diesem Grund beteiligten wir uns im 2023 viel in unterschiedlichen lokalen Initiativen und Gesprächen mit der Nachbarschaft.



Überregionales Clearing und „Dispatching“

Das Überregionale Clearing und „Dispatching“ ist eine, an die Dropout-Teams angedockte Stelle zur überbezirklichen aufsuchenden Arbeit mit Einzelfällen.

Auch im Jahr 2023 waren es ca. 100 Anfragen, Meldungen bzw. Hinweise von Anwohner:innen, Hausverwaltungen, Bezirksämtern, Baufirmen, Behörden, Kolleg:innen o.ä.. Diese bezogen sich auf bereits obdachlose, wie auch von Obdachlosigkeit bedrohte Menschen.

Die Arbeit gliederte sich in vier Schwerpunkte, die ungefähr jeweils ein Viertel der Anfragen umfassten:

1. **telefonische Beratung von Bürger:innen, Verwaltungen oder Behörden**
2. **aufsuchende Sozialarbeit im gesamten Stadtgebiet, Schwerpunkt Außenbezirke**
3. **Case-Management bei Adressat:innen mit multiplen Problemkomplexen**
4. **intensive Einzelfallarbeit/Begleitung**

Die Adressat:innen waren überwiegend deutscher Nationalität und männlich mit Schwerpunkt der Altersgruppe von 40 bis 60 Jahren. Auch war wieder eine Häufung von Problemen bei Personen deutlich höheren Alters zu verzeichnen, die in ihrer Mobilität eingeschränkt waren (Rollstuhl) und auch einen hohen Grad der Pflegebedürftigkeit hatten. Hier stößt die Arbeit weiterhin an ihre Grenzen, da schon ein Transport an die entsprechenden Stellen, wie Einwohnermeldeamt oder das LABO erschwert sind.

Weiterhin hatten viele Adressat:innen psychische Auffälligkeiten. Es zeigte sich, dass viele nur eingeschränkt in der Lage sind, ihre Angelegenheiten selbst angemessen zu regeln.



So bestand die Aufgabe der Arbeit unter anderem in der:

- Beschaffung von Terminen beim LABO und verschiedenen Bürgerämtern und
- Begleitung beim Jobcenter, Sozialamt, Ämtern, Behörden usw.
- Antragstellung für Rente oder anderen Leistungsbezug
- Antragstellung für Unterbringung in Pflegeeinrichtungen oder Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe
- Vermittlung bei Problemen mit Vermieter:innen
- Wiederbeschaffung der Krankenversicherungskarte
- Besuche im Krankenhaus und in Einrichtungen der Obdachlosenhilfe
- Antragstellung von rechtlichen Betreuungen bei Rechtsantragsstellen der Amtsgerichte
- Vermittlung von geeigneten Betreuern und Betreuerinnen
- Schriftverkehr mit Krankenkassen, Gerichten, Jobcentern, Sozialämtern, Inkassounternehmen, Vermieter:innen, Rententrägern, Banken...

Die Zusammenarbeit mit dem LABO klappte auch in diesem Jahr sehr gut. Die Weiterführung des „überregionalen Clearings“ und der Anwohner:innenberatung, erscheint auch im Jahr 2024 sinnvoll, da das Angebot gut angenommen wird und der Bedarf hoch ist.

STATISTIK

04

Im Folgenden stellen wir die Statistik für das Jahr 2023 vor. Wie im Jahr 2022 gibt es insgesamt 11 Kategorien, welche die im Jahr geleistete Arbeit quantitativ darstellen.

- **Alter**
- **Geschlechterverteilung**
- **Staatsangehörigkeit**
- **Menschen mit Fluchterfahrung**
- **Problemlagen**
- **Unterkunftssituation**
- **Wohnungsnotfall**
- **Krankenversicherung**
- **Einkommensituation**
- **Leistungserbringung**
- **Zielerreichung**

2.381

Personen haben wir im Jahr 2022 erreicht
und damit 105 Personen mehr als im Vorjahr
Das entspricht einem Anstieg von:



+4,6%

Unsere Statistik spiegelt die gesellschaftliche Situation von der kontinuierlich steigenden Wohnungslosigkeit wieder. Wie immer, wurden die Daten anonymisiert erhoben und stellen den Stand zum Zeitpunkt des ersten Kontaktes mit den Adressat*innen dar.

Auf einen Blick

80%

der Menschen, mit denen wir arbeiten, sind zwischen 30 und 55 Jahre alt.

Hatten wir 2022 noch 19 diverse Adressat*innen, so sind es 2023 bereits:

39

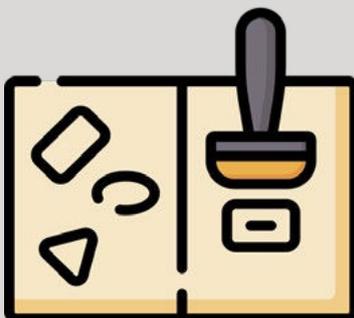


Über 70%

unserer Adressat*innen sind männlich.

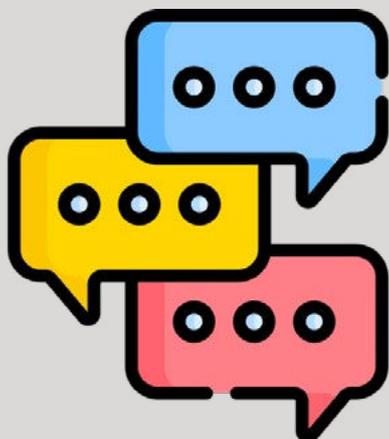
57%

der Menschen, mit denen wir arbeiten, haben keine deutsche Staatsbürgerschaft und somit nur sehr wenige bis keine Ansprüche im Hilfesystem.



65%

haben keine Krankenversicherung.



7.600

Beratungen haben wir 2023 durchgeführt.

Mehr als zwei Fünftel

haben gesundheitliche Probleme.

Auf einen Blick

78% sind von Wohnungslosigkeit betroffen.



97,5%

Adressat*innen sind in einer prekären Wohnsituation.

Ein Drittel

hat kein Einkommen.



Etwas mehr als ein Viertel

bezieht Leistungen nach SGBII/ALII/Sozialgeld.

Hatten 2022 noch 74% der Adressat*innen Probleme beim Umgang mit Behörden, so waren es 2023:

84%



Mehr als die Hälfte

unserer Adressat*innen hat eine Suchtproblematik.



Ein Fünftel

der Adressat*innen konnte nicht ausreichend für ihre Hygiene sorgen.

67%

fehlen persönliche Sozialkontakte.

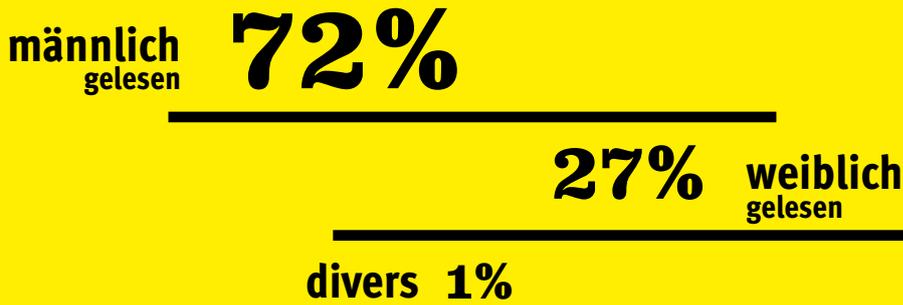
Alter

Unter 18	1 / 2022: 1	+0,0 %
18 bis unter 20	8 / 5	+0,12%
20 bis unter 25	61 / 74	-0,69%
25 bis unter 30	131 / 129	-0,17%
30 bis unter 35	299 / 299	-0,58%
35 bis unter 40	434 / 382	+1,44%
40 bis unter 45	537 / 405	+4,76%
45 bis unter 50	347 / 396	-2,83%
50 bis unter 55	291 / 292	-0,61%
55 bis unter 60	135 / 144	-0,66%
60 bis unter 65	99 / 88	+0,29%
65 bis unter 70	22 / 38	-0,75%
70 bis unter 75	8 / 18	-0,45%
75 bis unter 80	3 / 2	+0,04%
ab 80	4 / 3	+0,04%

Die Altersverteilung fiel ähnlich wie in dem Jahr zuvor aus.

80% der 2023 erreichten Adressat:innen waren zwischen 30 und 54 Jahre alt. Knapp 11,4% waren 55 und älter und nicht einmal 9% waren unter 30.

Wir arbeiten also hauptsächlich mit Menschen zwischen dem frühen und mittleren Erwachsenenalter. Wir haben wieder die meisten Menschen in der Altersgruppe zwischen 40 bis unter 45 Jahren angetroffen. Dort lässt sich ein großer Zuwachs im Vergleich zum Vorjahr beobachten: 137 Personen mehr, was den prozentuellen Anstieg von fast 5% ausmacht.



Bei der Geschlechterverteilung haben wir die Personen nicht immer auf der Basis ihrer Selbstdefinition erfasst, sondern durch unsere Selbsteinschätzung.

Das prozentuale Geschlechterverhältnis ist ähnlich wie im Vorjahr: 71,7% waren männlich gelesen (5% weniger als im Vorjahr), 26,6% weiblich gelesen (3% mehr als im Vorjahr) und 1,6% divers (0,8% mehr als im Vorjahr).

43%
(2022: 47%)



Deutsch

40%
(37%)



EU

12%
(5%)



Europäisches
Land außerhalb
EU

4%
(11%)

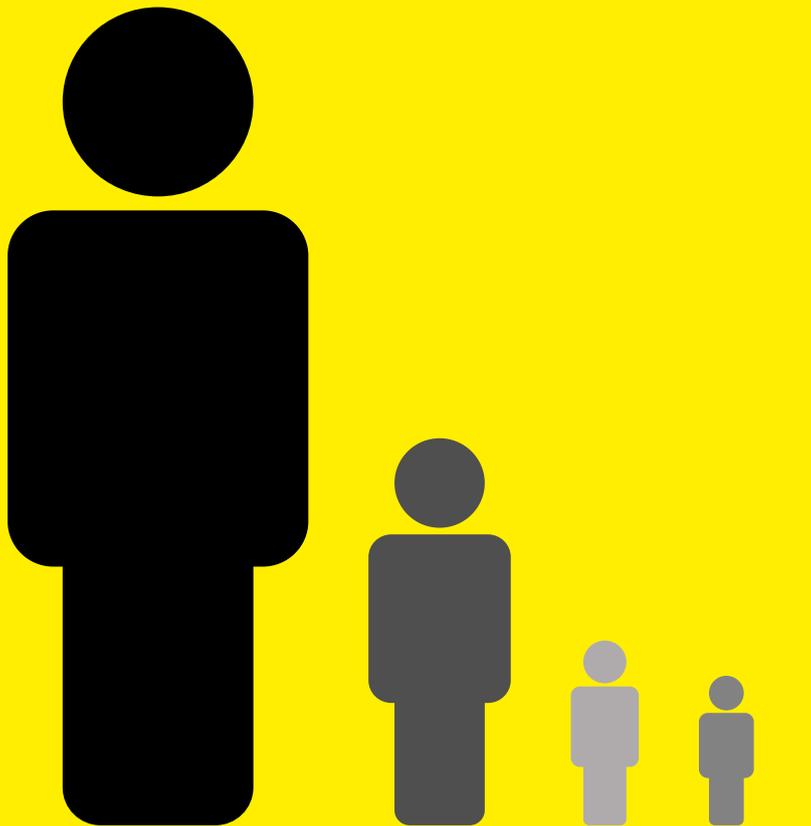


sonstige

Seit einigen Jahren lässt sich eine generelle Senkung von unseren Adressat:innen mit deutschem Pass beobachten. Im Jahr 2023 sank die Anzahl der Menschen mit der Deutschen Staatsangehörigkeit auf 43% (47% in 2022), was bedeutet, **dass 57% unserer Adressat:innen Migrant:innen sind.**

Der Anzahl der Personen aus EU Ländern (vor allem osteuropäische) stieg auf 40% (37% in 2022). Bei den Personen aus den anderen europäischen Ländern (außer EU) lässt sich eine kleine Senkung um 1% beobachten – zu 4% in 2023. Die Anzahl der Menschen aus sonstigen Ländern ist bei 12%, was eine kleine Steigerung darstellt (1% in 2022). **Im Jahr 2023 wurden auch drei staatenlose Menschen angetroffen.**

Menschen mit Fluchterfahrung



21 (2022:26)
registriert

93 (50)
nicht registriert
oder ohne
Bleiberecht

17 (38)
anerkannt
mit Bleiberecht
in Berlin

44 (43)
anerkannt
mit Bleiberecht
in anderem
Bundesland

0 (8)
anerkannt
mit Bleiberecht
in anderem
EU-Staat

2 (5)
keine Angabe

Im Jahr 2023 trafen wir insgesamt 177 Menschen mit Fluchterfahrung, was 7% unserer Adressat:innen ausmacht.

Die Zahlen fielen also ähnlich wie in dem Jahr davor aus, mit der kleinen Steigerung von 7 Personen. Die Anzahl der größten Gruppe, also Menschen, die nicht registriert oder ohne Bleiberecht sind, verdoppelte sich fast (93 Personen im Vergleich zu 50 im Vorjahr). Dafür ist die Anzahl der Menschen mit Bleiberecht in Berlin um die Hälfte gesunken (17 Personen in 2023, im Vergleich zu 38 in 2022). Die Anzahl von Menschen mit Bleiberecht in anderen Bundesländern blieb fast gleich und steht bei 44 Personen in 2023. Wir haben 21 registrierte Menschen, also im offenen Asylverfahren, angetroffen, was eine Senkung im Vergleich zu 2022 darstellt (26 Personen).

Die Anzahl der Menschen mit Bleiberecht in anderen EU-Staaten ist vierfach gesunken: von 8 zu 2 Personen im Jahr 2023.

Jedes Jahr betonen wir eine oft hoffnungs- und aussichtslose Situation der wohnungslosen Menschen mit Fluchterfahrung. Diese Personengruppe erlebt zahlreiche rechtliche und bürokratische Hürden und Diskriminierungen beim Zugang zum Hilfesystem. Die Menschen ohne legalen Aufenthalt in Deutschland oder Berlin sind meistens aus dem System gänzlich ausgeschlossen und haben wenige Chancen ihre Situation zu verändern und zu verbessern. Aus diesem Grund ist das eine der am meisten vulnerablen Personengruppen, mit der wir arbeiten.

Problemlagen



92% | 2022: 89%
Wohnsituation



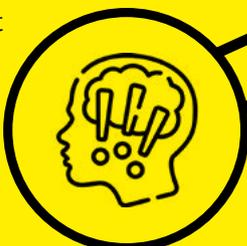
84% | 74%
Umgang mit Behörden

67% | 70%
Soziale Kontakte



67% | 66%
materielle Absicherung

57% | 64%
Sucht



57% | 52%
migrations-spezifische Probleme

42% | 42%
Gesundheit



57% | 36%
Arbeit/Ausbildung



32% | 33%
psychosoziale Stabilität



23% | 12%
Gewalt-erfahrung

19% | 28%
Hygiene



12% | 13%
Schulden



11% | 6%
Strafrechtliche Situation

0,04% | 0,3%
Schwanger

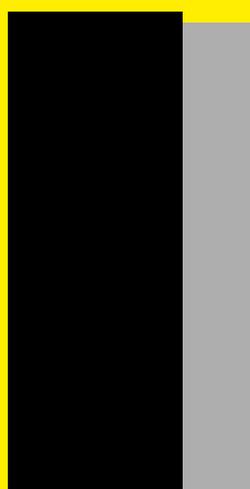


6% | 6%
Gewalt-bereitschaft

So wie in jedem Jahr versuchen wir die Problemlage der angetroffenen Adressat:innen aus unserer sozialarbeiterischer Sicht einzuschätzen. Die Problemfelder sind nach ihrer Häufigkeit in der Grafik auf der vorherigen Seite sortiert.

So wie im Vorjahr waren mit 92% die meisten von unseren Adressat:innen von Problemen mit der Wohnsituation betroffen. Die Anzahl der Menschen, bei denen wir Umgang mit Behörden als ein Problem erkannten, stieg deutlich um 10% und machte 84% aus. Daraus lässt sich beobachten, dass die erheblichen bürokratischen Hürden, mit denen unsere Adressat:innen kämpfen, sich weiter verfestigen. Schwierigkeiten im sozialen Umfeld, also im Familien- oder Freundeskreis, war wieder an dritter Stelle und machte 67% aus. 67% der Menschen hatten Probleme mit der materiellen Absicherung. Einen großen Anstieg konnten wir bei der Kategorie Arbeit oder Ausbildung beobachten: 57% Menschen waren davon betroffen, was eine große Steigerung darstellt (36% in 2022). Das lässt sich teilweise mit der Steigerung in der Anzahl von EU-Bürger:innen erklären, die oft von Arbeitsausbeutung betroffen sind, und für die Arbeitsbeschäftigung einen Zugang zu den Sozialleistungsansprüchen ermöglicht.

Die Anzahl der Menschen mit Suchtproblematik ging im Jahr 2023 auf 56% zurück, was eine deutliche Senkung ausmacht (64% in 2022). Das stellt eine überraschende Tendenz dar, vor allem in den Zeiten, in denen wir einen erhöhten Crack-Konsum beobachten. So wie im Jahr 2022, zeigten fast ein Drittel der Menschen (31%) Probleme mit der psychosozialen Stabilität auf. **Den größten Unterschied beobachteten wir bei der Gewalterfahrung.** Die Anzahl von davon betroffenen Menschen hat sich fast verdoppelt - von 12% im Jahr 2022 zu 22% in 2023. Das stimmt mit unserer Beobachtung überein, dass sowohl die Gewalt gegenüber den wohnungslosen Menschen, als auch rassistische Gewalt (auf einer persönlichen, institutionellen oder strafrechtlichen Ebene) kontinuierlich steigt. Der andere große Unterschied ist bei der Problemlage Hygiene zu sehen: eine Senkung von 28% in 2022 zu 19% in 2023. Das können wir teilweise mit dem Sinken von Suchtproblematiken erklären, da Sucht oft dazu führt, dass die Menschen ihre persönliche Hygiene vernachlässigen. Der Anzahl von Menschen mit strafrechtlichen Problemen hat sich fast verdoppelt (von 6 zu 11%).



63,8% | 2022: 62,3%
auf der Straße lebend



9,6% | 9,7%
bei Bekannten



9,5% | 12,5%
Wohnung



6,0% | 5,8%
ASOG-Unterkunft



5,5% | 3,4%
Notunterkunft



2,5% | 3,7%
Wohngruppe



2,1% | 1,1%
Ersatzunterkunft



0,7% | 0,4%
Familie, Partner



0,1% | 0,4%
Hotel, Pension

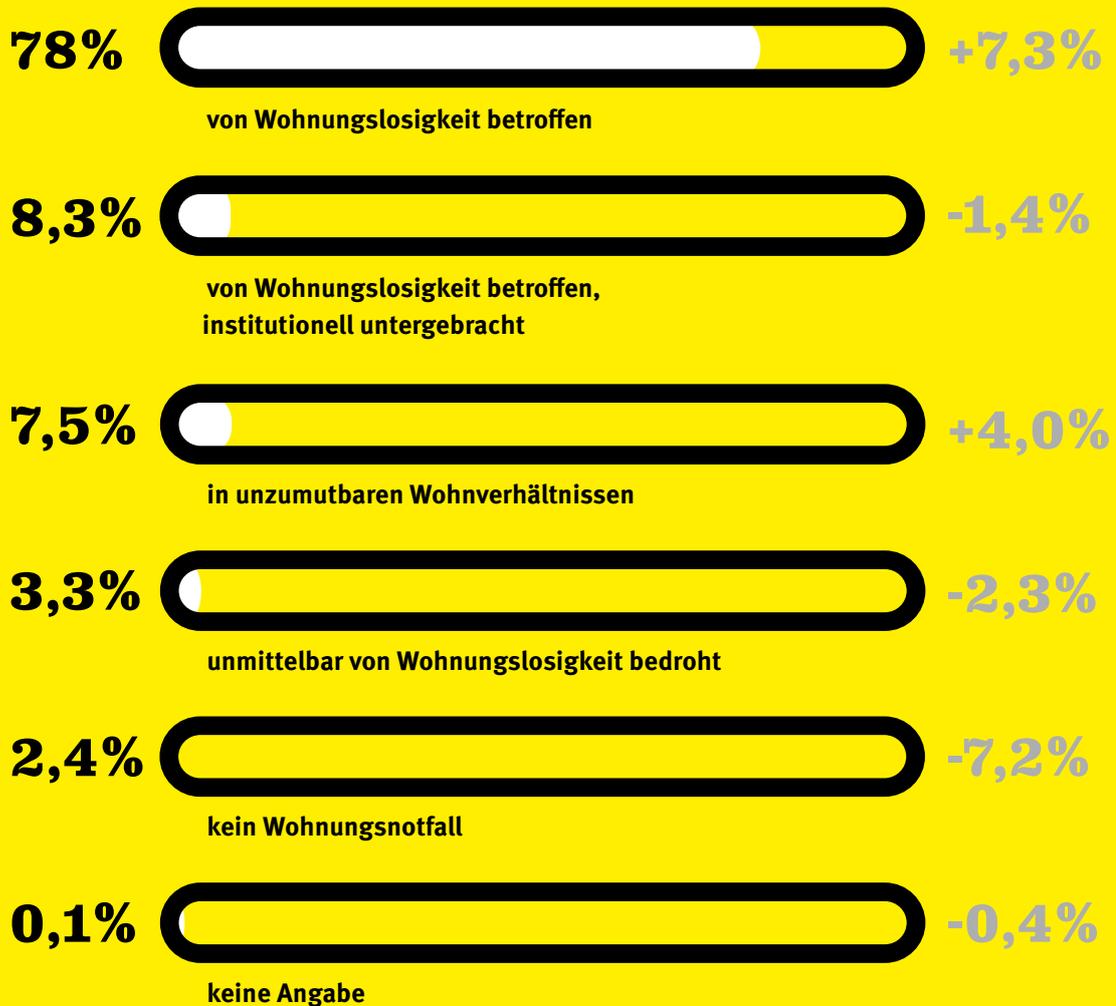


0,1% | 0,3%
stationäre
Sozialeinrichtung

Auch in diesem Jahr wohnten die meisten von unseren Adressat:innen (63%) direkt auf der Straße. Generell bleibt die Unterkunftssituation bei unseren Adressat:innen sehr ähnlich zum Vorjahr. **Die größte Differenz zeigt sich bei den Menschen mit einer eigenen Wohnung, wo die Zahl um 3% im Vergleich zum Vorjahr gesunken ist und 9,5% ausmachte.**

Der Anzahl der Personen die in Notübernachtungen wohnten, verdoppelte sich fast – von 77 Personen in 2022 zu 132 Personen in 2023. Das könnte damit verbunden sein, dass die Kältehilfe im Jahr 2023 ein paar neue Einrichtungen zur Verfügung stellte.

Keine nennenswerten Veränderungen haben wir bei der Anzahl der Personen festgestellt, die bei Bekannten, in ASOG-Unterkünften, bei Familie oder Partner, in Hotels oder Pensionen (Selbstzahler) oder in anderen stationären Sozialeinrichtungen lebten und in Ersatzunterkünften (Gartenlaube, Wohnwagen, Wagenburg, usw.) wohnten.



In Bezug auf die Gesamtzahl der Adressat:innen stieg die Anzahl der Wohnungsnotfälle auf auf 78,4% an. 8% der Menschen waren von Wohnungslosigkeit betroffen und in den verschiedenen Einrichtungen untergebracht. **Die Zahl der Menschen, bei denen kein Wohnungsnotfall festgestellt werden konnte, ist stark gesunken (von fast 10% zu 2,5%).** Wir haben weniger Menschen angetroffen, die von Wohnungslosigkeit bedroht waren: 3,4% im Vergleich zu 5,7% in 2022. In unzumutbaren Wohnverhältnissen wohnten weiter über 7,5% unserer Adressat:innen. Mit diesen Daten verzeichnen wir eine generelle Verschlechterung der Wohnsituation unter unseren Adressat:innen.

NEIN **65%**

35% JA

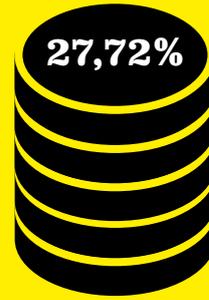
65% unserer Adressat:innen hatten im Jahr 2023 keine Krankenversicherung. Diese Zahl fällt seit Jahren ähnlich aus und zeigt deutlich, dass die Mehrheit der wohnungslosen Menschen aus dem medizinischen System ausgeschlossen ist. **Unter Berücksichtigung des Faktes, dass 42% unserer Adressat:innen 2023 gesundheitliche Probleme hatten, ist diese Zahl besonders beunruhigend.** Weniger Menschen als im Jahr 2022 verfügten über krankenzusammenfassenden Schutz: 35% im Vergleich zu 39,5%.



kein Einkommen (40,64%)



weitere Einnahmen (20,83%)



SGB II/Arbeitslosengeld II/
Sozialgeld (30,10%)



Einkommen aus Erwerbstätigkeit (3,12%)



Rente/Pension (2,07%)



sonstige öffentliche Unterstützung (1,63%)



SGB XII/Sozialhilfe (1,41%)



SGB III/Arbeitslosengeld I (0,13%)



Unterstützung durch Angehörige (0,04%)



Vermögen, Zins (2021: 0,04%)

Meistens verfügten in 2023 unsere Adressat:innen **über keinerlei Einkommen**. Dieser Anzahl ist allerdings im Vergleich zu 2022 deutlich gesunken: von über 40% auf 33%. Diese Veränderung lässt sich allerdings mit dem Zuwachs von Menschen, die sich durch weitere Einnahmen (wie zum Beispiel Flaschen sammeln oder unangemeldete Arbeit) finanzierten – von 20% in 2022 zu 32% in 2023 - verbinden. 27% der Menschen, also 2% weniger als 2022, bezogen 2023 Bürgergeld. Nur 0,5% (im Vergleich zu 1,63% im Jahr 2022) bekamen sonstige öffentliche Unterstützung, worunter beispielsweise die Leistungen für Asylbewerber:innen fallen.

Leistungserbringung

7.600

Anzahl der Beratungen

2.146

Anzahl Klient*innen vermittelt an/in Soziale Dienste/Institutionen/Einrichtungen

390

Anzahl geleisteter Barbeihilfen/Verfügungsmittel (Passfotos/Fahrscheine o.ä.)

235

Anzahl der Begleitungen

210

Anzahl begleiteter Klient*innen

135

Anzahl Klient*innen vermittelt an/in Angebote des Gesundheitssystems

37

Anzahl Vermittlungen an ordnungsrechtliche Unterbringung

34

Anzahl Vermittlungen wegen Umsetzung von Ansprüchen auf SGB II-/SGB XII-Leistungen

4

Anzahl der Gesundheitsberatungen

2

Anzahl Vermittlungen von Hilfen zur Rückkehr ins Heimatland/Weiterwanderung

1

Anzahl Klient*innen vermittelt an Fachdienste für Arbeit/Beschäftigung/Qualifizierung

Diese Kategorie beinhaltet alle Vermittlungen in unserer Arbeit – auch die, nach denen wir keine Rückmeldung von unseren Adressat:innen bekommen. Obwohl wir 2023 mehr Adressat:innen angetroffen haben, ist die Anzahl der geführten Beratungen enorm zurückgegangen: **wir führten 1.122 Beratungen weniger als im Vorjahr, insgesamt 7.600.** Davon erhielten nur 4 Personen eine Gesundheitsberatung.

Obwohl diese sinkende Tendenz etwas überraschend ist, kann sie mit verschiedenen Faktoren erklärt werden. Wir führten 2023 vermehrt intensive Einzelfallbegleitungen, die nicht nur viele Ressourcen in Anspruch nehmen und sich oft über mehrere Tage ziehen, aber auch zu weniger Gesamtberatungen führen. Wenn wir z.B. an einem Tag sehr intensiv mit einer Person beschäftigt sind, kriegt nur eine Person die Beratung am Tag. Obwohl diese Situation nicht ideal ist, zeigt sie deutlich die Herausforderungen unserer Arbeit: die Unterstützung von den Menschen, die sonst aus allen Angeboten rausgefallen sind. Oft stellen wir die letzte Instanz dar, die mit

diesen Menschen arbeitet und aktiv versucht, ihre Lebenssituation zu ändern. Weiterhin kann die gesunkene Anzahl an Beratungen auf die unzureichende personelle Besetzung zurückgeführt werden. Die Unterbesetzung im Team Drop Out, die sich im Jahr 2023 besonders durch personelle Ausfälle der Kolleg:innen, wenige neue Interessent*innen und ein unsicheres Stellenkontingent zeigte, führte an vielen Stellen zu Einschränkung der regulären Rundgänge, z.B. Kurfürstenstraße und Görlitzer Park. Darüber hinaus fehlen im Team verschiedenen Sprachkompetenzen. Wenn bei der ersten Begegnung eine deutliche Sprachbarriere festgestellt wird, werden diese Menschen oft nicht wieder angesprochen, was wieder die Anzahl der Beratungen deutlich senkt. Wir bedauern diese Situation. Die Einstellung der Menschen mit relevanten Sprachkompetenzen scheitert oft an den Vorlagen des Senats, der von Bewerber*innen eine staatliche Anerkennung erfordert, was viele Migrant:innen nicht vorzeigen können. Wir versuchen uns seit Jahren für eine Veränderung in Bezug darauf einzusetzen.

Durch unsere intensive Einzelarbeit ist die Anzahl von an soziale Dienste und Institutionen vermittelten Menschen deutlich gestiegen: auf 2.146 Personen von 1.662 in 2022. Wir machten mehr Begleitungen: 235 im Vergleich zu 143 in 2022 (Anstieg um 60%). Insgesamt haben wir 210 Menschen begleitet. 2023 haben wir auch mehr Barbeihilfen und Verfügungsmittel (Passfotos, Fahrkarten) ausgegeben, insgesamt 390 (42 mehr als 2022).

Den größten Anstieg beobachten wir bei der Vermittlung zur ordnungsrechtlichen Unterbringung: von 2 in 2022 auf 37. Das lässt sich mit einem Zuwachs von passenden Angeboten, zum Beispiel Housing First Projekten, erklären und mit der besseren Vernetzung mit schon bestehenden Projekten. Einen

weiteren großen Anstieg beobachten wir bei der Vermittlung für die Umsetzung der Ansprüche nach SGB II oder XII, von 9 bis 34 Personen. 135 Menschen wurden in die Angebote des Gesundheitssystems vermittelt: Fünf mal mehr als 2022. Das ist möglicherweise mit der Intensivierung der Zusammenarbeit mit der Krankenwohnung von Caritas und mit der Clearingstelle verbunden. Die andere mögliche Erklärung dafür ist, dass sich der gesundheitliche Zustand unseren Adressat:innen 2023 deutlich verschlechterte, und die Quote der krankenversicherten Menschen ist runtergegangen. Nur 2 Personen erhielten Vermittlung zu den Hilfen zur Rückkehr, 1 Person wurde zu Fachdiensten für Arbeit/Beschäftigung/Qualifizierung vermittelt. In diesen Kategorien lassen sich nur kleine Schwankungen beobachten.

401

Anzahl Klient*innen vermittelt an/in Soziale Dienste/ Institutionen/Einrichtungen

39

Anzahl Klient*innen vermittelt in eine ordnungsrechtliche Unterbringung

24

Anzahl Klient*innen vermittelt wegen Ansprüchen auf SGBII-/XII-Leistungen

23

Anzahl Klient*innen vermittelt an/in Angebote des Gesundheitssystems

9

Anzahl Klient*innen vermittelt an/in Angebote gem. SGB VIII

6

Anzahl Vermittlungen an Hilfen zur Rückkehr ins Heimatland/ Weiterwanderung

5

Anzahl vermittelt eines Versicherungsstatus bei einer KK

2

Anzahl Klient*innen vermittelt an Fachdienste für Arbeit/ Beschäftigung/Qualifizierung

Zielerreichung

Diese Kategorie beinhaltet die erfolgreichen Vermittlungen. Als erfolgreich vermittelt betrachten wir die Personen, die bei den Stellen ankamen, zu denen wir sie vermittelten. Das stellen wir entweder durch persönliche Begleitung oder eine Rückmeldung fest. **Im Jahr 2023 haben wir 21%, also insgesamt 510 Personen erfolgreich vermittelt (108 mehr als im Jahr davor).** Die meisten Menschen – 401 (78%) – wurden erfolgreich an an/in Soziale Dienste/Institutionen/Einrichtungen vermittelt. 39 Menschen wurden erfolgreich in ordnungsrechtlichen Unterbringungen untergebracht, mehr als doppelt so viel wie 2022. 24 Personen wurden wegen Ansprüchen auf die Leistungen nach dem SGB II oder XII erfolgreich vermittelt. 23 Personen wurden erfolgreich in die Angebote des Gesundheitssystems vermittelt, 9 Personen weniger als 2022. 6 Personen erhielten erfolgreiche Hilfe bei der Frage der Rückkehr ins Heimatland, 5 Personen erhielten einen Versicherungsstatus von der Krankenkasse. 2 Personen wurden erfolgreich zu Fachdiensten für Arbeit/Beschäftigung/Qualifizierung vermittelt, 1 Person hat erfolgreich eine Wohnung erhalten und 1 Person konnte die schon bestehende Wohnung behalten.

AUSBLICK

05

Im Jahr 2021 wurde der „Masterplan 2030“ zur Überwindung der Wohnungslosigkeit in Berlin erarbeitet und veröffentlicht. Bisher, könnte man zynisch sagen, ist keines der Zwischenziele verfehlt worden, was jedoch daran liegt, dass solche erst gar nicht formuliert wurden. Dass das endgültige Ziel jedoch erreicht werden könnte, glaubt heute niemand mehr. Inzwischen wird dieser Plan auch kaum noch erwähnt. Er war auch lediglich eine schöne Absichtserklärung, ohne jegliche Verbindlichkeit. Der neue Senat scheint nach dem Motto vorzugehen: „Was interessieren uns die Pläne unserer Vorgänger:innen?“ Um diesen Plan tatsächlich zu einem Erfolg werden zu lassen, hätte es enorme Anstrengungen gebraucht und umfassende Investitionen in Wohnungsbau, Sozialarbeit, etc. Dass dies auch finanzielle Mehrbelastungen mit sich bringt, wurde bereits zu Beginn nicht berücksichtigt. Und so werden Instrumente, die eigentlich ausgebaut werden sollten, zusammengeschrumpft, wie z.B. 24/7-Einrichtungen.

Die Ziele der Bundesregierung beim Wohnungsbau wurden und werden grandios verfehlt, das Bürgergeld, das gerade erst mit minimalen Verbesserungen für die Leistungsempfänger:innen eingeführt wurde, wird mittels populistischer Äußerungen schon wieder in Frage gestellt, und aufgrund der Haushaltslage ist mit Kürzungen in der Wohnungslosenhilfe zu rechnen. Es ist zwar nicht so, dass dieses Land plötzlich komplett verarmt ist. Doch

einerseits dürfen Steuern nicht erhöht und Schulden nicht gemacht werden, und andererseits soll es in manchen Bereichen zusätzliche Investitionen geben. Dass dies nur mit Einsparungen in anderen Bereichen geht, ergibt sich aus der Logik der Mathematik.

Offensichtlich ist in Zukunft nicht mehr die Bekämpfung der Armut in diesem Land im Fokus, sondern die Bekämpfung der Sichtbarkeit dieses Missstandes. Obwohl es den Gedanken gab, Verdrängung obdachloser Menschen auch mittels sogenannter „Safe Places“ zu verringern, dienen diese inzwischen mehr dazu, den Standard einer Unterbringung herab zu senken. Der Ursprungsgedanke ist kaum noch in Erinnerung.

Straßensozialarbeit soll ebenfalls zunehmend für die Bekämpfung der Sichtbarkeit von Armut instrumentalisiert werden. Wir erhalten immer mehr Anfragen, wie wir in Sicherheitskonzepte (die in der Regel eine verdrängende Wirkung haben) integriert werden können, mit der Bitte bzw. auch Aufforderung mit Sicherheitsdiensten, Ordnungsämtern und Polizei zu kooperieren. Meist geht es dabei noch nicht einmal um objektive Sicherheit, sondern lediglich um subjektiv empfundene Sicherheit. Konzeptionen der Deutschen Bahn an diversen Bahnhöfen oder auch der „Leitfaden Obdachlosigkeit“ des Bezirks Neukölln stehen ganz unter diesem Aspekt.

BERLINER MASTERPLAN

zur Überwindung
von Wohnungs- und Obdachlosigkeit
bis zum Jahr 2030

* 2021

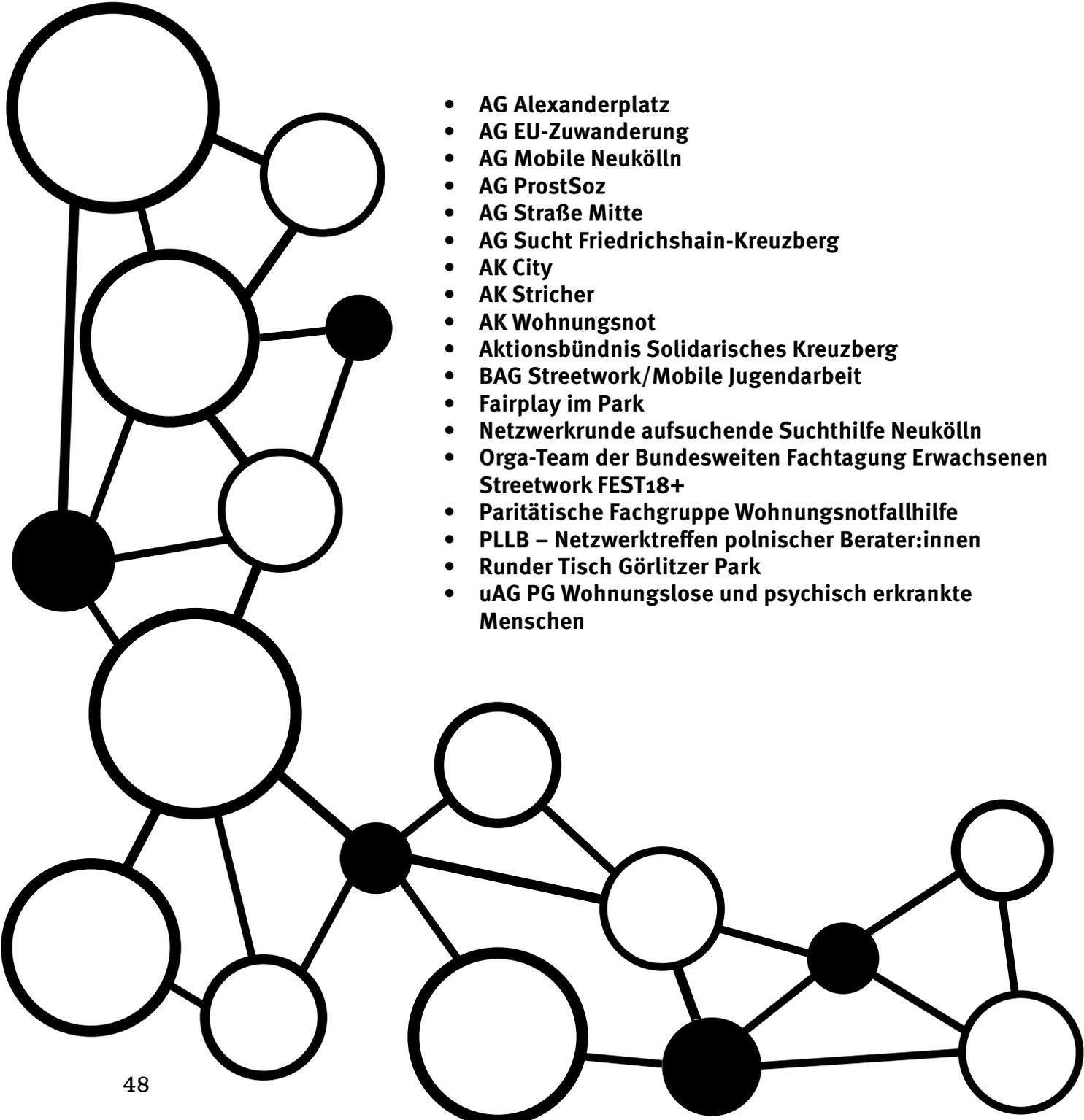
† 2023

Da es aber nicht die Aufgabe von Straßensozialarbeit ist, für Sicherheit oder ein Sicherheitsgefühl zu sorgen, muss unser Arbeitsfeld enorme Energien verschwenden, um seine Errungenschaften zu bewahren und zu verteidigen, anstatt diese Energie zu nutzen, um es zu optimieren und weiter zu entwickeln. Bei einigen politisch Verantwortlichen wird Streetwork offensichtlich zunehmend als Teil der Sicherheitsinfrastruktur verstanden.

Unser Ausblick in die Zukunft bezüglich Armutsentwicklung und Obdachlosigkeit fiel aufgrund der gesellschaftlichen Umstände bisher noch nie besonders positiv aus, so negativ wie dieses Jahr waren die Aussichten jedoch lange nicht, um nicht zu sagen, noch nie. Unsere Prognose für das Jahr 2030 lautet nicht, dass Wohnungslosigkeit bis dahin in Berlin überwunden ist, sondern dass sie sich bis dahin im Vergleich zum Jahr 2021, in dem der Masterplan erschien, verdoppelt haben wird.

GREMIEN

06

- 
- AG Alexanderplatz
 - AG EU-Zuwanderung
 - AG Mobile Neukölln
 - AG ProstSoz
 - AG Straße Mitte
 - AG Sucht Friedrichshain-Kreuzberg
 - AK City
 - AK Stricher
 - AK Wohnungsnot
 - Aktionsbündnis Solidarisches Kreuzberg
 - BAG Streetwork/Mobile Jugendarbeit
 - Fairplay im Park
 - Netzwerkrunde aufsuchende Suchthilfe Neukölln
 - Orga-Team der Bundesweiten Fachtagung Erwachsenen Streetwork FEST18+
 - Paritätische Fachgruppe Wohnungsnotfallhilfe
 - PLLB – Netzwerktreffen polnischer Berater:innen
 - Runder Tisch Görlitzer Park
 - uAG PG Wohnungslose und psychisch erkrankte Menschen

ALLGEMEINE ANGABEN

Drop Out Focus

Büro: Conrad-Blenkle-Straße 1, 10407 Berlin
Mail: dropout-focus@gangway.de

Andreas Abel

Diplom-Sozialarbeiter/Sozialpädagoge
Mobil: 01578 2830232

Philip Moninger

B.A. Soziale Arbeit
Mobil: 01578 2830235

Stefanie Seewald

Diplom-Sozialarbeiterin/Sozialpädagogin
Mobil: 01578 2830234

Drop Out Mitte

Büro: Schumannstraße 5, 10117 Berlin
Mail: dropout-mitte@gangway.de

Lucia Preininger

B.A. Soziale Arbeit
Tel.: 0157 82830238

Philipp „Bob“ Baumeister

B.A. Soziale Arbeit
Tel.: 0176 42048420

Tino Kretschmann

Diplom-Sozialarbeiter/Sozialpädagoge
Tel.: 0176 15283020

Julia Schenker (Elternzeit), B.A. Soziale Arbeit

Sarah Kienreich (ausgeschieden), B.A. Soziale Arbeit

Drop Out Neukölln

Büro: Lahnstraße 25, 12055 Berlin
Mail: dropout-neukoelln@gangway.de

Cengiz Tanriverdio

Diplom-Sozialpädagoge/ Sozialarbeiter
Mobil: 01578 2830239

Moritz Speiser

B.A. Soziale Arbeit
Mobil: 0176 15283030

Sasa Djekic

Sozialarbeiter (B.A.); Kultur, Ästhetik, Medien
i.A. (Master), Mobil: 0176 60168016

Susi Raml

B.A. Soziale Arbeit
Mobil: 0179 4398023

Tabea Lenk

 (ausgeschieden)

B.A. Soziale Arbeit

Drop Out Treptow-Köpenick

Büro: Schumannstraße 5, 10117 Berlin
Mail: dropout-tk@gangway.de

Manja Piotrowski

Diplom-Sozialarbeiterin/Sozialpädagogin
Tel.: 01578 2830231

Lana Briede

 (ausgeschieden)

B.A. Soziale Arbeit (laufend)

Drop Out Xhain

Büro: Waldemarstraße 57, 10997 Berlin
Mail: dropout-xhain@gangway.de

Alicja Schock

B.A. Soziale Arbeit
Mobil: 0176 57851235

Jehan el Rhomri

B.A. Soziale Arbeit, Kulturelle Anthropologie,
Außereuropäische Soziologie und Agrarwis-
senschaften (Diplom), Mobil: 01578 2830236

Zuza Mączyńska

B.A. Soziale Arbeit (laufend), M.A. in
Transcultural European Outdoor Studies
Mobil: 0151 71245476

Stephan Moore (ausgeschieden), B.A. Soziale Arbeit, M.A. Intercultural Conflict Management

Drop Out Spree

Mail: axel@gangway.de
Axel Illesch, Diplom-Sportlehrer/Sportwissenschaftler, Tel.: 01578 2830233



Gangway - Straßensozialarbeit in Berlin e.V.

#streetwork #mitwohnungslosen #2023

Schumannstraße 5 | 10117 Berlin

Telefon: 030 283023-0 | Fax: 030 283023-19

E-Mail: info@gangway.de

www.gangway.de